Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2.50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeitzer Straße 30, IV., Aufgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postscheckkonto Leipzig 56383
Kassierer: L. Geist, Leipzig C 1, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus)
Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 21. November 1931

35. Jahrgang — Nummer 47

Ein Halt in der Lohnsenkung?

Die Berliner Metallindustrie stand wieder im Mittelpunkt eines Kampfes um Herabsetzung der Löhne. Man wird sich erinnern, daß die große Lohnsenkungsperiode in Deutschland von der Berliner Metallindustrie ihren Ausgang nahm. Der Verband der Berliner Metallindustriellen forderte noch einmal eine Herabsetzung der Löhne. Am 9. November wurden die Verhandlungen vor dem Berliner Schlichtungsausschuß fortgesetzt. Diese Verhandlungen endeten mit dem Ergebnis, daß das Lohnabkommen unverändert verlängert wird und mit 14tägiger Frist erstmalig am 13. Dezember kündbar ist. Die Begründung, die der Vorsitzende der Schlichtungskammer, Gewerberat Körner, zu dem Schiedsspruch abgab, brachten Worte, die nach Auffassung aller vernünftigen Wirtschafter längst an solchen Schlichtungsstellen laut und deutlich hätten gesprochen werden müssen:

„Die Gestehungskosten in der Berliner Metallindustrie müssen wesentlich gesenkt werden, wenn insbesondere die auf die Ausfuhr angewiesenen Betriebe wettbewerbsfähig bleiben sollen. Es widerspricht aber der sozialen Gerechtigkeit, diese Senkung immer wieder nur von der Lohnseite her vorzunehmen. Außerdem kann die Lebensmöglichkeit der Arbeiter bei der Bemessung des Lohnes nicht unberücksichtigt bleiben. Jede gesellschaftliche Arbeit verliert ihren Sinn, wenn die Erträge nicht wenigstens die zum Lebensunterhalt unbedingt notwendigen Ausgaben decken. Solange die Lebenshaltung nicht durch eine Herabsetzung der Lebensmittelpreise wesentligt verbilligt wird, oder wenn das aus agrarpolitischen Erwägungen nicht erreichbar ist, solange nicht die Mieten gesenkt und die Tarife für die städtischen Unternehmungen, Gas, Wasser, Elektrizität, Verkehr, herabgesetzt und die Abzüge für Steuern und Sozialversicherung veringert werden, ist eine weitere Kürzung der Bezüge der Arbeitnehmer nicht möglich. Die vorgeschlagene Verlängerung des bisherigen Lohnabkommens kann nur ein Provisorium sein. Es müssen nunmehr unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zur Herabsetzung der übrigen Gestehungskosten und zur Verbilligung der Lebenshaltung geschaffen werden. Andernfalls wird man in sehr kurzer Zeit vor der bitteren Entscheidung erheblicher weiterer Betriebseinschränkungen oder Herabdrückung des Lohnes unter das Existenzminimum stehen."

Der Schlichter, der diesen Spruch fällte und die Begründung dazu gab, ist beileibe kein Sozialdemokrat. Aber er ist ehrlich genug, einzugestehen, daß bei einer solchen Lohnhöhe wie sie gegenwärtig in Deutschland besteht, weitere Lohnsenkungen unmöglich sind. Man bedenke, daß ein großer Teil der Ausgaben des Arbeiterhaushalts gebunden ist: Mieten, Steuern, Sozialbeiträge, Fahrkosten von und nach der Arbeitsstelle, der Bezug von Gas, Wasser Elektrizität usw. stehen von vornherein fest. Hieran sparen, ist unmöglich. Durch Lohnsenkungen wird nur noch der überschießende Teil betroffen, der für die Ernährun usw. aufgewendet wird. Die Folge davon ist, daß die Arbeiterfamilie zu immer billigeren Nahrungsmitteln greift, und der Lebensstandard als Ganzes gesehen, immer schlechter wird. Wenn nun auch noch die Lebensmittelpreise durch Zölle und Subventionen künstlich hochgehalten werden, so befindet sich die breite Masse als Konsumenten in einer Zwangslage, die bei weiteren Lohnsenkungen immer drückender wird. Auf diese Zusammenhänge hat der Schlichtungsausschuß Berlin sehr deutlich und unmißverständlich hingewiesen. Fast jeder Berliner Arbeiter und Angestellte ist gezwungen, ein Verkehrsmittel zu benutzen. Der äußerst teure Verkehr drosselt das Einkommen. Deshalb weist der Schlichtungsausschuß auf diese Dinge mit folgenden Worten hin: „Es ist auf die Dauer nicht aufrechtzuerhalten, daß der Facharbeiter sechs, der ungelernte Arbeiter acht bis zwölf und die Arbeiterin und der jugendliche Arbeiter 15 v. H. und mehr ihres Reallohnes für die Fahrt von der Wohnung zur Arbeitsstätte und zurück aufwenden müssen."

Die Politik der Lohnermäßigungen hat uns in Deutschland an den Rand des Ruins gebracht. Die Folge davon ist die außerordentlich hohe Arbeitslosigkeit. Wenn wir auch inmitten einer so scharfen Weltwirtschaftskrise in Deutschland nicht ohne Arbeitslose wären, so müssen doch mindestens zwei Millionen auf das Konto der Lohnquetschungen und anderer Maßnahmen zur Senkung des Lebensstandards verbucht werden. Auf die Entwicklung dieser Dinge ist von den Gewerkschaften oft und deutlich hingewiesen worden. Die Warnungen wurden in den Wind geschlagen. Man ist erstaunt, mit welchem Eifer die Lehre von der Notwendigkeit der Lohnsenkungen immer wieder vertreten wird, woraus zu ersehen ist, daß volkswirtschaftliche Kenntnisse in Deutschland schwach vertreten sind und breitgetretene Schlagworte immer wieder nachgeplappert werden. Im „Vorwärts" vom 1. November macht Anton Erkelenz mit beweiskräftigen Worten darauf aufmerksam, in welcher Weise wir uns zu Tode sparen. Wir entnehmen diesem Artikel folgendes: „So steht Deutschland, neuerlich auch England, unter dem Einfluß der Sparpanik. Es soll „gespart" werden, um die Haushalte auszugleichen, sowohl die öffentlichen als die privaten. Wenn man „gespart" hat, stellt sich heraus, daß der Haushalt weiter als je von der Ausgleichung entfernt ist. Sofort taucht die verdrehte Idee auf, weiter zu „sparen", worauf man nach einem Jahre einsieht, daß der Ausgleich noch unmöglicher geworden ist. Und so „sparen" wir uns gegenseitig zu Tode, machen uns alle arbeitslos, übertreiben das Uebel, das schon aus verschiedenen Ursachen in die Welt gekommen ist, noch durch Sparpolitik". In ähnlicher Weise wurde das schon wiederholt im „Steinarbeiter" dargelegt.

Die deutsche Regierung ist gegenwärtig dabei, mit Hilfe des Wirtschaftsbeirates eine neue Patentlösung zur Behebung der Wirtschaftskrise zu finden. Wir befürchten, daß sie die alten Pfade weiterzuwandern entschlossen ist. Da gilt es doch, laut und deutlich darauf aufmerksam zu machen, daß die Arbeiter und Angestellten an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit sind. Wie Gewerberat Körner richtig sagt,

es widerspricht der sozialen Gerechtigkeit, die Senkung der Gestehungskosten immer wieder von der Lohnseite her vorzunehmen.

Jeder in Deutschland sollte einsehen, daß uns die Politik der Lohnverschlechterung ins Verderben geführt hat, und eine Umkehr dringend nötig ist. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn der Schiedsspruch in der Berliner Metallindustrie einen Wendepunkt in der Lohnpolitik Deutschlands bilden würde. Noch ist es nicht zu spät. Je früher die Umkehr erfolgt, desto besser ist es für die Volksmassen und auch für die gesamte Wirtschaft.

*

Leider ist das Fragezeichen in der Ueberschrift nur zu sehr berechtigt; denn nachdem der „Steinarbeiter" bereits zum Druck fertiggestellt war, kommt der Redaktion zur Kenntnis, daß das Reichsarbeitsministerium einen unglaublichen Schiedsspruch über die Entlohnung in der westsächsischen Textilindustrie für verbindlich erklärt hat. Ein ungeheuerlicher Vorgang, der die Lohnhöhe dieser Arbeiterschicht um mindestens 30 Jahre zurückschraubt. Das ist Aufreizung und bringt nicht nur das Blut der Textilarbeiter in Wallung. Mit Kopfschütteln über diese Maßnahme von oben darf es nicht sein Bewenden haben!

Die Gewerkschaftsidee

Nie war es so nötig als jetzt, stets daran zu denken, dem Gewerkschaftsleben nützlich zu sein. Die Gewerkschaftsentwicklung, die hinter uns liegt, ist wohl das Gewaltigste, was die neuere Zeit gesehen hat. Aber es wäre trotzdem falsch, anzunehmen, daß eine so große, die ganze Welt umflutende Bewegung einfach sich selbst, einfach der eigenen inneren Kraft überlassen werden dürfte. Gewiß gibt es Ideen, die unsterblich sind. Von der Idee, die der Gewerkschaftsbewegung zugrunde liegt, darf zweifellos angenommen werden, daß sie unvernichtbar ist.

Der Grundgedanke allen gewerkschaftlichen Wollens ist die Befreiung und Emporhebung des Menschen.

Es handelt sich dabei nicht lediglich um die Befreiung von äußerem Druck und um die Emporhebung aus wirtschaftlicher Tiefe. Die Lebenslage des arbeitenden Menschen ist noch viel, viel zu dürftig und sorgenvoll. Deshalb mußte sich das Gewerkschaftsstreben der Vergangenheit und muß sich auch noch in der Gegenwart vor allem der Besserung der wirtschaftlichen Lebensverhältnisse zuwenden. Aber hiermit ist die Befreiung und Emporhebung des arbeitenden Menschen nur erst eingeleitet. Bessere Arbeitsbedingungen und auskömmlichere Bezahlung der Arbeit sind äußerst wichtig. Was die Menschen mit vereinten Kräften schaffen, muß auch möglichst allen die Lebenslage verbessern. Die gegenwärtigen Notzustände, besonders auch die große Arbeitslosigkeit als Dauererscheinung auf der einen Seite und die Ueberbürdung mit Arbeit auf der anderen, was bedeuten sie anders als die Früchte der übertriebenen Selbstsucht, die immer nur das Einzel-Ich sieht und in den Vordergrund drängt! Wäre das Denken und Wollen darauf gerichtet, die Früchte gemeinsamer Arbeit, gemeinsamen Fortschreitens und Verbesserns allen wieder nutzbar zu machen, die sie miterzeugten, es wäre wohl kaum Mangel am Notwendigsten irgendwo vorhanden und auch kaum Mangel an Arbeit bei oft großem Ueberfluß an Arbeit an anderen Stellen. Das menschliche Denken und Wollen ist nicht auf das Ganze gerichtet, sondern auf das Einzelne, nicht auf den Menschen, sondern auf die Sachen, die Kapitalien. Eigentum wird höher bewertet als Menschentum. Das geht schon aus dem Recht hervor, das im Laufe der Zeit entstand. Es wurde allerdings während der letzten Jahrzehnte schon bedeutend durch das anders eingestellte Gewerkschaftsdenken beeinflußt.

Die Gewerkschaftsbewegung befindet sich gegenwärtig in einer gefahrenvollen Entwicklungszeit. Darum ist es gerade jetzt nötig, daß der Gewerkschafter auf Schritt und Tritt darauf bedacht ist, die Gewerkschaftsidee zu stärken, zu verteidigen, weiterzutragen. Es kommt gerade jetzt darauf an, in die Tiefe gewerkschaftlichen Denkens einzudringen, das zu erfassen, worauf es ankommt. **Gewerkschaftsbewegung ist Kulturbewegung!** Das vor allem muß sich schon in dem äußeren Verhalten des Gewerkschafters ausdrücken. Er muß seine Worte wägen und seine Taten überlegen. Die ruhige Darstellung der Verhältnisse, die überzeugende Erklärung der Fehler und Mängel und der möglichen Umgestaltung der Dinge verschaffen der Bewegung leichter Anhänger als aufgeregte Heftigkeit, als Vorwürfe über das Fernbleiben von der gemeinsamen Gewerkschaftsarbeit. Es ist nicht leicht, die Unorganisierten in solchen Zeiten, wie sie jetzt bestehen, für die Gewerkschaft zu werben. Wenn es vorwärts geht, ist die Werbung bedeutend leichter. Und doch sollte es gerade umgekehrt sein. Denn es geht in den Zeiten wie jetzt doch eigentlich viel deutlicher darum, daß bewiesen wird, daß die Bewegung kraftvoll genug ist, daß sie auch standhält, wenn sie heftiger als je zuvor bedroht wird. Da sollte sich im Arbeiter überall das Selbstbewußtsein regen und einer sollte sich neben den anderen stellen, um die Gefahren in einiger Verbundenheit abzuwarten. Die Kraft der Idee muß sich in Zeiten der Not bewähren, wenn sie ihre Unvernichtbarkeit beweisen soll.

Die Gewerkschaftsidee hat sich fraglos in schwerer Zeit behauptet. Aber auch die kleinen Verluste sind schon genug zu bedauern. Steigende Mitgliederzahlen in harter Notzeit müßten die Gegner doch in ganz außerordentlich hohem Grade nachdenklich stimmen. Es muß versucht werden, jetzt die noch Abseitsstehenden für die Bewegung zu erwärmen. Die persönliche Werbung ist heute weniger zu entbehren als in besseren Zeiten. Jeder Zuwachs ist heute besonders wertvoll, denn heute spricht er in erster Linie für die Kraft der Idee.

Es ist was sehr Großes um die Gewerkschaftsidee. Sie wurzelt im Selbstbewußtsein, in dem unvernichtbaren Naturgefühl der menschlichen Hochwertigkeit gegenüber allen Lebenserscheinungen und erst recht gegenüber allen Sachwerten. So lange Geschichte über menschliches Werden und über die Veränderungen der menschlichen Lebensverhältnisse geschrieben wird, wird berichtet über Unterdrückung, Ausbeutung, Versklavung der Wehrlosen und Schwachen. Der Mensch wurde oft schlechter, viel schlechter behandelt als das Tier und erst recht schlechter als die Sachwerte. Die Unterdrückten gelangten erst dann auf den Weg zu menschenwürdigem Dasein und vor allem zu menschenwürdiger Einschätzung und Behandlung, als sie sich ihrer Pflicht bewußt wurden, daß sie gegen Unrecht, Gewalt und Ausbeutung anzukämpfen hätten. Ein altes Sprichwort sagt: „Es ist besser Unrecht leiden als Unrecht tun". Es ist eine eigene Sache mit den Sprichwörtern. Sie sind aus den Lebensauffassungen bestimmter menschlicher Entwicklungsabschnitte entstanden. Viele alte Sprichwörter sind deshalb heute nicht mehr richtig. Der viele Generationen, ja ganze Zeitalter hindurch unterdrückte und entrechtete Mensch der besitzlosen Klasse darf nicht willen- oder gar gefühllos „Unrecht leiden". Es ist mehr als zweifelhaft, ob das nicht ebenso schlimm ist als „Unrecht tun". „Unrecht tun" zeugt von persönlicher Ueberheblichkeit und einem Mangel an sittlicher Kultur; „Unrecht leiden" zeugt von persönlicher Schwäche und einem Mangel an sittlichem Kraftgefühl. Wer wiederspruchslos, gefügig, unmannhaft Unrecht hinnimmt, als wäre es Recht, macht sich mitschuldig daran, daß das Unrechttun immer allgemeiner wird und sich dem Wesen nach weiter verschlimmert. Das vor allem ist den Unterdrückten klar zum Bewußtsein gekommen, als sie sich unter sich verbanden, um eine Macht, ein Gegengewicht gegen die besitzende Klasse zu werden.

Die Gewerkschaftsbewegung ist eine Bewegung gegen Unrecht, Gewalt, Lüge, kurz gegen Kulturmängel aller Art und gleichzeitig eine Bewegung gegen gesellschaftliche und wirtschaftliche Unvernunft.

Das Leben ist außerordentlich fehlerhaft geregelt, sowohl was die Rechtsgrundlage betrifft, die es sichern soll, als auch was die organisatorische und technische Zweckmäßigkeit anbelangt, die es so fruchtbar wie möglich gestalten müßte, es aber nicht tut, nicht einmal ehrlich erstrebt. Der Zweck des menschlichen Denkens, Wollens und Arbeitens war ja bisher nicht, den Menschen und seine Lebenslage, seine Kultur zu heben, sondern Menschen und Sachen auszunutzen, „auszubeuten", wie es kapitalistisch-geschäftstüchtig heißt.

-pp.

Das Alter der Invalidenrentner

Nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung erhält der Versicherte dann Rente, wenn er erwerbsunfähig (invalide) ist, oder wenn er das 65. Lebensjahr vollendet hat. Der Kampf der Gewerkschaften geht schon seit Jahren dahin, dieses Rentenalter von 65 Jahren herabzusetzen. Sie gehen dabei von dem ganz richtigen Standpunkt aus, daß heute im Zeitalter des Hastens, der Rationalisierung und der Mechanisierung die Arbeits- und Schaffenskraft des Arbeiter bereits viel früher verbraucht ist, als mit der Erreichung des Greisenalters von 65 Jahren. Bekannt ist weiter, daß die Arbeitgeber sich gegen diese Wünsche mit aller Energie stemmen. Wie richtig die Annahme und der Wunsch der Arbeitnehmer auf Herabsetzung des Rentenalters ist, geht aus den statistischen Angaben der Landesversicherungsanstalten über das Alter ihrer Rentenempfänger hervor.

Dem Geschäftsbericht für 1930 der Landesversicherungsanstalt Sachsen sei entnommen, daß im Berichtsjahre 24 496 Invalidenrenten neu bewilligt wurden. Von 100 dieser neu festgesetzten Renten entfielen bei den Männern auf die Lebensalter:

bis 29 Jahre	4 Renten
30 bis 39 Jahre	6 Renten
40 bis 49 Jahre	6 Renten
50 bis 59 Jahre	16 Renten
60 bis 64 Jahre	22 Renten
65 u. mehr Jahre	46 Renten

Von 100 Invalidenrenten für Frauen entfielen auf die Lebensalter:

bis 29 Jahre	7 Renten
30 bis 39 Jahre	7 Renten
40 bis 49 Jahre	9 Renten
50 bis 59 Jahre	20 Renten
60 bis 64 Jahre	27 Renten
65 u. mehr Jahre	30 Renten

Auf 100 Rentenempfänger kommen also bei den Männern nur 46 und bei den Frauen gar nur 36, die das 65. Lebensjahr überschritten haben. Der Wunsch der Gewerkschaften, daß, ähnlich wie in der Angestelltenversicherung, auch hier das Alter für die Rentenberechtigung herabgesetzt wird, ist mehr als berechtigt, er ist sogar

Notwendigkeit. Eine andere Frage ist nur die, ob es der Invalidenversicherung bei ihrer heutigen bedrängten finanziellen Lage möglich ist, dieses Verlangen zu erfüllen.

Die Höhe der Invalidenrenten.

Mehr als je ertönt heute das Geschrei der Arbeitgeber über die hohen Renten der Invalidenversicherung. In ihrer Gefolgschaft befinden sich die lautesten Schreier, die Nazi, die auch über den „Rentnerstaat" herziehen. In den Kreisen des indifferenten Bürgertums muß deshalb die Meinung Platz greifen, als ob die Renten der Invalidenversicherung wirklich hoch und auskömmlich sind. Es kann deshalb nicht schaden, immer wieder auf die wirkliche Höhe der Renten hinzuweisen.

Die Landesversicherungsanstalt Sachsen hat im Jahre 1930 insgesamt 24 496 Invalidenrenten, 14 647 Witwenrenten und 2632 Waisenstammrenten neu bewilligt. Die durchschnittliche Höhe dieser Renten stellt sich im Jahre bei den

Invalidenrenten	auf 456,47 RM.
Witwenrenten	auf 273,83 RM.
Waisenrenten	auf 201,71 RM.

Nicht mitgerechnet sind hier allerdings etwaige Kinderzuschüsse und Steigerungsbeträge aus der Angestelltenversicherung. Eine Invalidenrente beträgt nach diesen Zahlen im Monat die gewiß fürstliche Summe von 38,40 RM., eine Witwenrente gar nur 27,78 RM., während sich jede Weise mit 16,80 RM. im Monat begnügen muß. Es ist hier noch zu berücksichtigen, daß es sich bei den Rentenempfängern um invalide und erwerbsunfähige Leute handelt.

Wagt angesichts dieser Zahlen noch jemand über die „hohen" Renten zu schimpfen? Kl—s.

Vom Widersinn der Zölle

Der Freihandel, der ungehinderte internationale Austausch der Waren, scheint für die nächsten Jahre völlig gedrosselt zu sein. Seitdem 1925 die hemmenden Bestimmungen des Versaillers Vertrages fielen und Deutschland wieder nach eigenem Ermessen Zollsätze festlegen konnte, seitdem sind die deutschen Schutzzollmauern in Deutschland immer dicker und höher geworden. Ganz besondere Erfolge haben hier einzelne Industriezweige und vor allem die Großagrarier zu verzeichnen. So liegt auf der Einfuhr von Getreide ein Zoll, der höher ist als der deutsche Inlandspreis von 1925. Hierdurch ist der Preis des deutschen Getreides doppelt so hoch wie Auslandsgetreide! Auch Kartoffeln, Zucker, Fettwaren und Fleisch sind bedeutend teurer und kosten erheblich mehr. Und wer bezahlt dies? Die große konsumierende Masse der Arbeiter- und Angestelltenschaft! Zoll auf Lebensmittel ist nicht nur eine Brot- und Eß-Steuer. Da der Aermste genau soviel, wenn nicht noch mehr, Brot braucht wie der Reichste, ist jeder durch Zoll verursachte Mehrpreis eine direkte, höchst ungerechte Kopfsteuer!

In Harzburg forderte der reiche Herr Schacht als Wirtschaftsprogramm der Rechtsopposition das Programm Friedrichs des Großen: „Sich fest auf die heimische Wirtschaft stellen und aus dem heimischen Boden herausholen, was nur irgend herauszuholen ist. Im übrigen sparen und arbeiten." In diesem Sinne sparen und arbeiten heißt hungern und schuften. Das weiter genannte auf „die heimische Wirtschaft stellen" ist von jeher das rührende vaterländische Argument für die Nutznießer der Zölle gewesen. Unter dem falschen Vorwand des Schutzes der nationalen Arbeit hat man die unsinnigsten Schutzzölle durchgeführt und der großen arbeitenden Masse schwere Extralasten aufgebürdet, die den rücksichtslosesten Vertretern des Privatkapitalismus in die Taschen fließen.

Schon vor dem Kriege war die deutsche „Scholle" nicht imstande, die deutsche Bevölkerung zu ernähren. Allein in Weizen haben wir in den Jahren 1911—1913 eine Mehreinfuhr von 20,7 Millionen Doppelzentner gehabt. In den Jahren 1912 und 1913 führten wir jährlich 12½ Millionen Tonnen menschlicher und tierischer Nahrungsmittel ein! Diese uns fehlenden 12½ Millionen Tonnen können wir heute, nach dem Verlust der polnischen, nordschleswigschen und westpreußischen, ausschließlich landwirtschaftlichen Gegenden, noch weniger aufbringen.

Die deutsche Landwirtschaft hatte im Zolltarif 1902 ein Instrument, mit dem sie in der Lage hätte sein sollen, die Produktion auf der „heimischen Scholle" so zu stärken, daß wir uns aus den heimischen Bodenerträgnissen hätten ernähren sollen. Aber was zeigte der Weltkrieg? Er offenbarte, daß die „Autarkie" vollständig unfähig war, uns zu erhalten. Die Großagrarier versagten vollkommen und am ständigen Hungerleiden brach schließlich Heer und Heimatvolk zusammen. Der Hochschutzzoll konnte also keine nennenswerte Produktionssteigerung bewirken.

Bei verringerter Anbaufläche haben wir heute relativ mehr Menschen im Lande als 1913. Nach Brentano hatte das Deutsche Reich 1913 67 Millionen Einwohner, 1922 62 Millionen. Die Gesamtfläche Deutschlands ist von 54 Miillonen Hektar im Jahre 1913 auf rund 47 Millionen Hektar im Jahre 1924 gesunken. Verloren gingen hauptsächlich ländliche Gegenden, die Korn- und Gemüsekammern waren. Aber gleichzeitig stieg die Bevölkerungsdichte von 123 Köpfen im Jahre 1910 auf 131 Köpfe im Jahre 1924. Dieser Vorgang weist ebenfalls darauf hin, daß wir die Volksernährung nicht mehr auf den Inlandsertrag der Landwirtschaft stützen können. Und außerdem sollen noch die bisher eingeführten 12,5 Millionen Tonnen fehlender Nahrungsmittel aus der heimischen Erde gestampft werden???

In der Morgenausgabe vom 3. November berechnete der „Vorwärts", daß die deutsche Landwirtschaft weder den Gesamtbedarf an Brotgetreide noch an Futtergetreide befriedigen kann. Es fehlen nach seiner Angabe jährlich mindestens drei Millionen Tonnen Futtergetreide und rund eine Million Brotgetreide. Als einziger Ausweg verlangt er möglichst baldige Erleichterung der Einfuhr von Brotgetreide und Futtergerste. „Die Reichsregierung muß, wenn sie die von ihr stets im Munde geführte Verantwortung auch in die Tat umsetzen will, den unsinnigen Plänen des Reichsernährungsministeriums, die Getreidepreise hochzutreiben, entgegentreten. Durch Erleichterung der Gersten- und Maiseinfuhr gilt es jede weitere Preissteigerung zu vermeiden und die Versorgung des Volkes sicherzustellen."

Diese Forderung ist sehr dringend. Wird sie nicht erfüllt, dann wird sich die arbeitende Bevölkerung eben schlechter ernähren müssen. Vieles von dem, was heute nur Bedeutung als Viehfutter hat, wird dann auf dem Tische des Arbeiters erscheinen, eben weil bessere Nahrungsmittel zu teuer werden. Mit einem Wiederaufleben von Kohlrübenwintern muß gerechnet werden. Diese Schutzzollpolitik muß also schleunigst aufhören, wenn nicht das arbeitende Volk in weitere Verelendung und verschärfte Klassenkämpfe getrieben werden soll. Das Wohl der großen Masse verlangt niedrige Preise, die nur durch schrankenlosen Freihandel auf das niedrigste Maß gebracht werden können.

Aber nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen ist die Beseitigung der sinnlosen Schutzzölle notwendig. Noch mehr aus politischen! Außenpolitisch führt der Hochschutzzoll zu immer schärferen Abwehrmaßnahmen der anderen Länder wodurch unsere Industrie und unser Beschäftigungsgrad schwer getroffen wird. Auch ein dauernde Gefährdung der sonstigen internationalen, friedlichen Beziehungen ist zu befürchten. Innerpolitisch stärkt die jetzige Zollpolitik die reaktionärsten Feinde der Arbeiterschaft.

Seit Jahren sehen wir es, daß all die Faulenzer der Roßbach-, Ehrhardt- und ähnlicher nationalsozialistischer Organisationen auf den Gütern Mecklenburgs, Pommerns, Schlesiens, Bayerns durchgefüttert werden. Seit Jahren leben die Verschwörer- und Mörderorganisationen mit ihrem Riesenapparat in erster Linie von den allzu hohen Einkünften der Landjunker. Die Feinde der Republik konnten nur deshalb eine so ungeheuerliche Agitation entfalten, weil die Zölle der Republik sie steuerlich privilegierten auf Kosten der republikanischen Massen. Seit Monaten sieht es allerdings in den Kassen der Nazis und Monarchisten nicht mehr so glänzend aus. Flugs kommt nun Herr Minister Schiele und füllt sie mit Getreidezöllen wieder auf. Dies muß uns als Gewerkschafter ein weiterer Anstoß sein, mit allen politischen und gewerkschaftlichen Mitteln die lebenvernichtenden Teuerungszuschläge in Zollform zu bekämpfen. Kein „nationaler Sozialismus", sondern nur internationaler Sozialismus kann uns von Not und Elend befreien.

Schmitzian.

Arbeitslosenversicherung und Sachleistung

In Nr. 45 des „Steinarbeiters" behandelten wir ein in Nr. 29 des Reichsarbeitsblattes veröffentlichtes Rundschreiben des Reichsarbeitsministers an die sozialen Landesbehörden, in welchem Richtlinien zur Unterstützung Arbeitsloser durch Sachleistungen aufgestellt waren. Nunmehr hat auch der Vorstand der Reichsanstalt zu dieser Frage Stellung genommen. Das „Reichsarbeitsblatt" vom 5. November enthält darüber ein Rundschreiben des Präsidenten der Reichsanstalt an die Landesarbeitsämter, worin konkrete Formen zur Behandlung dieser Angelegenheit mitgeteilt werden. Zunächst begrüßt der Vorstand der Reichsanstalt jede Maßnahme, die dazu dient, im kommenden Winter die Lage der Arbeitslosen zu erleichtern, und hält es für geboten, mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden eine Verbilligung wichtiger Lebensmittel und Bedarfsartikel für die Arbeitslosen herbeizuführen. Dabei wird betont, daß die Verabreichung der Gut- oder Bezugsscheine an die Arbeitslosen- und Krisenunterstützungsempfänger freiwillig erfolgen soll. Außerdem soll im Bereiche jener Gemeinden und Gemeindeverbänden, in denen die von der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung ausgesteuerten Fürsorgebezieher durch Sachleistungen abgegolten, auch die Arbeitslosen- und Krisenunterstützungsempfänger bis zu einem Drittel der ihnen zustehenden Unterstützung durch Bezugsscheine auf Sachleistungen unterstützt werden. Nachfolgend der Wortlaut des Rundschreibens bzw. die Bedingungen, unter denen die Verabreichung von Sachleistungen erfolgen soll:

„Für den Fall, daß Gemeinden oder Gemeindeverbände den von ihnen Betreuten die Abnahme von Gutscheinen an Stelle einer Barunterstützung vorschreiben, hat der Vorstand gemäß § 109 Abs. 2, Satz 2 AVAVG den Vorsitzenden des Arbeitsamts ermächtigt, die Arbeitslosenunterstützung allgemein bis zu einem Drittel ihres Betrages in Sachleistungen zu gewähren. Der Vorstand hat diese Ermächtigung jedoch zunächst auf die Gewährung von Gutscheinen auf Brot und andere Getreideerzeugnisse beschränkt. Will der Vorsitzende des Arbeitsamtes sich dem Verfahren der Gemeinde oder des Gemeindeverbandes nicht anschließen, so hat er sofort unter Darlegung seiner Gründe dem Vorsitzenden des Landesarbeitsamtes in doppelter Ausfertigung zu berichten; der Vorsitzende des Landesarbeitsamtes hat das Zweitstück des Berichtes mit seiner Stellungnahme mit vorzulegen.

Der Vorsitzende des Arbeitsamts darf die Abnahme von Gutscheinen nicht verlangen von Arbeitslosen, die

a) nach § 89a AVAVG nur teilweise als arbeitslos anzusehen sind,

b) wegen Anrechnung von Gelegenheitsverdienst nach § 112 AVAVG oder wegen Anrechnung des Einkommens der Ehefrau gemäß § 112b weniger als die Hälfte ihres Wochenunterstützungssatzes erhalten,

c) im freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigt sind,

d) als Krisenunterstützte wegen teilweiser Bedürftigkeit weniger als die Hälfte ihres Wochenunterstützungssatzes erhalten,

e) eine Anordnung gemäß § 109 Abs. 2, Satz 2 AVAVG ist ferner gegen Empfänger von Kurzarbeiterunterstützung ausgeschlossen."

Nach den Bestimmungen der Reichsanstalt ist zunächst von Bedeutung, daß dort, wo die Gemeinde oder der Gemeindeverband den von ihnen betreuten Arbeitslosen einen Teil der Unterstützungen in Sachleistungen gewähren, auch Arbeitslosen- und Krisenunterstützungsempfängern zur Abnahme von Bezugs- und Gutscheinen auf Brot oder Getreideerzeugnisse an Stelle eines Teils der geldlichen Unterstützung Zwang auferlegt werden kann. Nur Arbeitslose, die wie unter a bis e angegeben die angeführte Teilunterstützung beziehen, können zur Entnahme von Gutscheinen nicht verpflichtet werden. Von ganz besonderer Wichtigkeit ist hierbei noch, wie wir bereits in der Besprechung des Rundschreibens des Reichsarbeitsministers anführten, daß der Vorsitzende des Arbeitsamtes allein befugt ist, den Preis für die Produkte festzusetzen. Der Präsident der Reichsanstalt hebt zum Schluß seines Rundschreibens noch ganz besonders hervor, daß durch die Sachleistungen eine finanzielle Belastung für die Arbeitsämter nicht Platz greifen darf. Demnach sind Risikoprämien sowie Transport- und Verwaltungskosten in den Preis der zur Ausgabe gelangenden Produkte einzurechnen.

In welcher Weise die im Rundschreiben begrüßte Verbilligung von Produkten für Arbeitslose eintreten soll, muß demnach abgewartet werden. Die Arbeitervertreter in den Verwaltungsausschüssen der Arbeits- und Landesarbeitsämter müssen demzufolge dieser scharf umstrittenen Neueinführung eine ganz besondere wachsame Aufmerksamkeit widmen. Ulr.

Kollegen! Leit eure Verbandszeitung

und gebt gelesene „Steinarbeiter" an unorganisierte Steinarbeiter, Steinbildhauer, Steinsetzer, Rammer und Hilfsarbeiter weiter. Die Werbearbeit für den Verband darf nie stocken oder gar erlahmen!

Straßenbauanleihe in Oesterreich

In Oesterreich wird die Erneuerung und Erweiterung des Straßenbaues energisch betrieben. Zur Durchführung der vorgesehenen Arbeiten soll jetzt eine Anleihe in Höhe von 100 Millionen Schilling aufgenommen werden. Die Anleihe soll aus den erhöhten Einnahmen aus der Benzinsteuer getilgt werden. Das Straßenbauprogramm umfaßt noch den Ausbau von rund 1000 Kilometern, nachdem bereits über 500 Kilometer im Laufe der letzten Jahre fertiggestellt worden sind. Im Budget waren bisher jährlich 11 Millionen Schilling für den Straßenbau vorgesehen. Infolge der schlechten Finanzlage und der Einsparungen wurde dieser Betrag gestrichen. Man rechnet damit, auf dem Wege der Anleihe die in Aussicht genommenen Straßenbauarbeiten durchführen zu können, so daß es zur Einstellung der Arbeiten nicht kommen wird. Auch verspricht man sich davon eine wesentliche Erleichterung des Arbeitsmarktes.

Aus dem Wetterwinkel

Am Anfang dieses Jahres stand im „Steinarbeiter" — in der Nr. 2 — eine beachtliche Abhandlung „Der Kampf um die Löhne", aus der entnommen werden konnte, wie die sogenannte Rationalisierung in den Schotterwerken, daß heißt die maschinellen Einrichtungen zum Zerkleinern der Steinbrocken immer vollkommener werden. Mit unheimlicher Gewalt werden in das Maul dieser eisernen Brecher die größten Steinbrocken geschoben und zu Schottersteinen zerkleinert. Diese Entwicklung geht auf Kosten jener Steinklopfer, die bisher mit dem langstieligen Hammer hantieren und den angeblich und tatsächlich besseren „Hand-Steinschlag" liefern; diese altmodischen Steinklopfer werden nach und nach ausgemerzt, sie sterben aus. Nur hier und da haben sie in einzelnen Gemeindeverbänden noch eine Art geduldete, aber kümmerliche Existenz. In der erwähnten Abhandlung war der ziffernmäßige Nachweis aus einem vollbeschäftigten Werk in Sachsen enthalten, und zwar für die Jahre 1924 bis 1928. Im Jahre 1924 wurden dort von 72 Arbeitern als Gesamt-Belegschaft 38 444 Tonnen Schotter produziert. In ständiger Aufwärtssteigerung bis 1928 wurden im genannten Jahre bereits 82 984 Tonnen von 83 Arbeitern hergestellt. Während die Schottermenge sich mehr wie verdoppelte, hat die Arbeiterzahl nur um ein Neuntel zugenommen. Eine andere Berechnung ergibt, umgelegt auf den Kopf der Belegschaft, im Jahre 1924 täglich 1,78 Tonnen = 17 800 Kilogramm = 1,3 Kubikmeter und im Jahre 1928 auf den Kopf der Belegschaft 3,33 Tonnen = 33 300 Kilogramm = 2,4 Kubikmeter. Würde man nun zu den Vergleichen nur die Arbeiter heranziehen, die tatsächlich in dem Brechwerk arbeiten, dann würde der Vergleich zu jenen, die Schotter mit dem langstieligen Hammer produzieren, also sogenannte Handarbeit liefern, ein ganz gewaltiger sein.

Zu dieser kurzen Betrachtung, die natürlich nicht der Maschinenentfaltung in der Steinindustrie gerecht wird, wurde ich angeregt durch eine Notiz in einer Zeitschrift. Es war ein Reisebericht durch einige Betriebe der Vereinigten Staaten, der wert ist, hier wiedergegeben zu werden:

„Bei Besichtigung einer Spinnerei sagte uns der Chef, daß eine einzige seiner Arbeiterinnen in acht Stunden die Maschinen, die sie beaufsichtigt, soviel Garn spinnen lasse, als eine Armee von 45 000 Hausfrauen vor 150 Jahren während ihres 16stündigen Tages von dem Spinnrocken abrollen konnte.

In einer Glühlampenfabrik hatte 1918 ein Arbeiter am Tage 40 Lampen herstellen können. Ein Jahr später wurde die automatische Fabrikation eingeführt, und nun beaufsichtigt der Mann eine Maschine, die in 24 Stunden 73 000 Glühlampen erzeugt.

Wir haben gesehen, daß in einer ganz modern eingerichteten Schuhfabrik 100 Maschinen die Arbeitsleistung von 25 000 Arbeitern übernommen haben. Uns wurde gesagt, daß in jeder halbwegs modernen Maschinenfabrik heute ein Mann mit einer Garnitur halbautomatischer Werkzeugmaschinen die Arbeit von 25 geschulten Maschinenarbeitern verrichten kann.

In einer Rasierklingenfabrik kann heute ein Hilfsarbeiter 32 000 Klingen in der gleichen Zeit herstellen, die eine geschulte Kraft 1913 für 500 gebrauchte. Der Chef sagte uns: Wollten wir alle die Errungenschaften der Technik, der Wissenschaft und der Betriebsorganisation ausnutzen, die wir heute zur Verfügung haben, wir würden in einem Jahr mehr produzieren, als in fünfzehn Jahren verbraucht werden kann. Wir könnten 80 v. H. unserer Angestellten entlassen, wollten wir Erfindungen benutzen, deren Patente wir seit sieben Monaten besitzen. Wir müßten es tun, wenn wir wirklich die äußersten Konsequenzen modernster Betriebe ziehen wollten."

Also in der amerikanischen Spinnerei hat sich die Arbeitsleistung in dem Zeitabschnitt von 150 Jahren um das 90 000fache gesteigert, d. h. eine Arbeiterin erzeugt soviel, als 90 000 dazumal. In der Glühlampenfabrik ist im Zeitraum von 13 Jahren eine Steigerung um mehr als das 1000fache zu verzeichnen. Eine einzige Rasierklingenfabrik kann in einem Jahr soviel erzeugen, wie in 15 Jahren verbraucht werden können. Dabei könnte diese Fabrik so vervollkommnet werden, daß 80 v. H. der Arbeiter entlassen werden könnten. Angesichts solcher Entwicklungsmöglichkeiten ist die Frage berechtigt: wie soll das einmal enden? Wie soll der Mensch den unter seinen Händen ins Ungemessene wachsenden Reichtum verteilen und verbrauchen? Das ist das Problem, welches der Lösung harrt.

Diese gewaltige Produktionsentwicklung durch Maschinen ist nicht nur in Amerika zu verzeichnen. So hat kürzlich ein Mitarbeiter der Fr. Ztg. die Uhrenindustrie im Schwarzwald besichtigt. Dabei hat dieser Beobachter festgestellt, daß auch in diesem Zweige der Industrie die Mechanisierung der Produktion weit fortgeschritten ist. Der Berichterstatter schreibt: „Besichtigt man eine solche Fabrik, so fällt einem immer wieder auf, wie unheimlich weit in diesen Fabriksälen Mechanisierung und Rationalisierung gediehen sind. Der optische Eindruck ist oft der, daß hier der Mensch neben der Maschine ganz unwesentlich geworden ist, daß die Maschine den Kopf und der Mensch lediglich die Hand darstellt. Daß überhaupt noch Menschen da sind, die vielfach nur die Folge einer noch nicht ganz fertigen Technik; vielleicht wird schon nächstes Jahr auch dieses Stück Menschenarbeit von der Maschine übernommen worden sein. Als Schlußpunkt der Mechanisierung wirkt auf den Laien das fließende Band; nirgendwo wird so wie hier auch äußerlich sichtbar, daß die menschliche Arbeit Teil eines aufs äußerste vervollkommneten maschinellen Prozesses geworden ist. Im ganzen hat man das Gefühl, daß solch eine Uhrenfabrik selbst wieder ein kunstvolles Uhrwerk ist, das mit voller Exaktheit abläuft. Die Erzeugung ist in eine Unzahl kleiner und kleinster Teile zerlegt, die nebeneinander herlaufen und die dann auf rätselhafte Weise am Schluß doch ineinandergreifen und sich zusammenfügen. Die Leitung organisiert und überwacht dies Ineinandergreifen wie der Generalstab den Aufmarsch einer Armee zur großen Schlacht."

Fast scheint es, daß die Maschine den Kopf der Produktion bedeutet und der Mensch lediglich nur Handgriffe zu machen hat. Weil es auch so in der Volkswirtschaft geht, braucht man sich nicht zu wundern, daß die Welt aus den Fugen ist.

Dieser Einfluß der Maschine bei den verschiedenen Produktionsprozessen, von denen das Vorstehende nur einen ganz kleinen Auszug darstellt, wird in der Steinindustrie durch den Rohstoff stets ein begrenzter bleiben, aber immerhin wird der Einfluß doch steigen, das bereits Vorhandene an Maschinen wird ausgebaut, wird raffinierter werden, und vorläufig noch zum Schaden des betreffenden Facharbeiters.

Was allein auf dem Gebiet des Straßen- und Wegebaues an Maschinen erstanden ist — die zum großen Teil keine Verwendung finden können, weil ihre Erfinder keine Straßenbau-Fachleute sind und sich zu wenig mit der traditionellen Straße und der in ihr verarbeitenden Rohstoffmaterialien beschäftigt haben —, das ist ganz ungeheuerlich. Aber manches maschinelle bleibt dennoch im praktischen Straßenbau hängen; erinnere nur an die Luftdruck-Rammen, von der jeder Maschinenfabrikant behauptet, sein Fabrikat sei das beste. So geht es natürlich auch in der Steinindustrie, wovon die Marmor- und die Granitbearbeitung bisher wohl die meiste und verschiedenartigste Maschinenbenutzung aufweist. Uebersehen dürfen wir nicht, daß es auf diesem Gebiet der Maschinenentwicklung in der Gesamtproduktion, wie auch in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau keinen Stillstand gibt. Dafür sorgt der bewegliche Menschengeist der erfinderischen Fach- und Nichtfachleute. Wenn so etwas im kulturellen Sinne durchaus nicht zu beklagen ist, bleibt es dennoch im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit jammervoll und müßte mehr denn je die Arbeiter sozusagen mit Gewalt in ihre Berufsorganisation hineindrücken, um mit deren Hilfe einen Ausgleich zu schaffen.

Die Verbandswerbearbeit findet leider in der gegenwärtigen Zeit nicht den gewünschten und erhofften Anklang, obwohl sie nach wie vor ohne Unterlaß betrieben wird. Und wenn von den augenblicklichen Zuständen, die die Arbeitslosigkeit mit sich bringt, eine gewisse Distanz gewonnen ist, dann erst werden wir voll ermessen können, was von den überzeugten, treuen Verbandsmitgliedern in

Die Arbeitslosigkeit im Steinarbeiterverband Ende Oktober 1931

Die Zählung umfaßt 733 Zahlstellen mit 48 051 Mitgliedern. 30 Zahlstellen mit 3767 Mitgliedern konnten nicht erfaßt werden. Dabei wurden 32 847 arbeitslose Kollegen ermittelt, das sind 68,4 Prozent der von der Zählung erfaßten Kollegen. Im Vormonat betrug die Arbeitslosigkeit 63,4 Prozent.

Nach den Hauptberufsgruppen ergibt sich folgendes Bild:

Gruppe	Gemeldete Mitglieder	davon arbeitslos in Zahlen	v. H	Im Vormonat v. H.
Steinarbeiter	34 193	22 924	67,0	61,8
Steinsetzer . . .	13 858	9 921	71,6	67,4

Auf die einzelnen Landesarbeitsämter verteilt sich die Arbeitslosigkeit wie folgt:

Landesarbeitsamtsbezirk	Insgesamt Okt. v. H.	Insgesamt Sept. v. H.	Steinarbeiter Okt. v. H.	Steinarbeiter Sept. v. H.	Steinsetzer Okt. v. H.	Steinsetzer Sept. v. H.
Westfalen	77,5	78,5	72,1	72,8	82,5	83,8
Rheinland	75,1	73,7	75,1	72,8	74,9	77,1
Sachsen	74,0	68 0	74,9	69,1	67,5	60,1
Niedersachsen	70,0	65,9	67,6	60,1	72,6	70,9
Nordmark	69,6	69,2	60,2	55,8	73,3	74,9
Ostpreußen	68,9	57,6	63,6	57,2	71,0	57,7
Mitteldeutschland	68,0	65,6	65,0	62,5	72,1	69,7
Schlesien	67,4	62,5	66,5	63,3	70,5	59,1
Hessen	66,8	57,8	62,2	50,8	84,3	81,2
Brandenburg	66,6	60,4	73,1	66,4	64,1	58,0
Pommern	64,8	62,8	54,2	40,9	67,8	67,8
Bayern	64,8	59,2	63,7	58,7	78,3	64,0
Südwestdeutschland	49,4	45,8	49,1	45,5	66,7	64,3
Reichsgebiet	68,4	63,4	67,0	61,8	71,6	67,4
1930	44,4	40,6				
1929	20,3	12,9				
1928	9,7	7,1				

Im ganzen hat die Arbeitslosigkeit gegen den Vormonat um 5 Prozent zugenommen. Am stärksten wirkte sich die Zunahme in der Steinarbeitergruppe mit 5,2 Prozent aus, während die Arbeitslosigkeit in der Steinsetzergruppe „nur" um 4,2 Prozent zunahm. Trotzdem ist die Arbeitslosigkeit in der Steinsetzergruppe noch um 4,6 Prozent höher als in der Steinarbeitergruppe.

Verhältnismäßig niedrig sind die Arbeitslosenziffern im Bezirk Südwestdeutschland, soweit die Steinarbeitergruppe in Betracht kommt, während beide Gruppen in allen anderen Bezirken geringere Abweichungen (nach oben oder unten) von der Durchschnittsziffer zu verzeichnen haben.

Die ganze zunehmende Schwere der Krise kommt im Vergleich der Oktober- und Septemberziffern seit 1928 zum Ausdruck. Danach war die Arbeitslosigkeit im Oktober 1931 siebenmal und im September 1931 neunmal größer als in den gleichen Monaten von 1928. Dabei ist noch nicht einmal die Kurzarbeit in Betracht gezogen, von der im Oktober 1931 aber auch noch 4,8 Prozent der von der Zählung erfaßten Mitglieder betroffen wurden. In voller Beschäftigung waren also nur 26,8 Prozent der gesamten Mitgliedschaft.

Daß angesichts dieser enormen Arbeitslosigkeit von vollbeschäftigten Arbeitern noch Ueberstunden verlangt und geleistet werden, ist skandalös. Läßt solches Verhalten doch jedes solidarische Empfinden seinen Arbeits- und Volksgenossen gegenüber vermissen. Kann die planlose privatkapitalistische Wirtschaftsweise nicht genügend Arbeit schaffen, dann muß die vorhandene Arbeit durch entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit auf die vorhandenen Arbeitskräfte verteilt werden. Pflicht unserer Kollegen ist es, hierzu nach Kräften beizutragen, ebenso zur Organisierung aller in den Betrieben beschäftigten Unorganisierten, damit sie sich an der Erfüllung der auch ihnen zugute kommenden Organisationsaufgaben beteiligen.

E. W.

*

Welche und wieviele Rentenbeträge werden auf die Alu angerechnet? Der in der Nr. 44 des „Steinarbeiter" unter obiger Bezeichnung erschienene Beitrag bedarf einer Ergänzung, auf die bereits in Nr. 43 in einem anderen Zusammenhang hingewiesen wurde. Mit der letzten Notverordnung vom 6. Oktober 1931 wird zwar die Anrechnung der Renten wegen Gesundheitsstörung auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes, ebenfalls auch der Kriegsrenten beibehalten, aber an Stelle von 15 Mark im Monat wird jetzt ein Betrag von 25 Mark von der Anrechnung auf die Alu freigelassen. Erst der Reichsversorgungs- oder Kriegsrentenbetrag, der 25 Mark im Monat übersteigt, wird auf die Alu zur Anrechnung gebracht. Die Erhöhung ist zu begrüßen und geht auf die Initiative der Sozialdemokratie und des Reichsbundes für Kriegsbeschädigte zurück.

Die Verbesserung ist mit dem 12. Oktober in Kraft getreten und ergreift auch die laufenden Unterstützungsfälle. Bis spätestens 7. November muß die neue Anrechnung der Unterstützung erfolgt sein.

Demokritus.

Meißen. Zu den Geschäftsleuten, bei denen nach der Nazizeitung „Freiheitskampf" die Meißner Einwohnerschaft ihre Einkäufe tätigen soll, gehört u. a. auch der Granitwerksbesitzer Wolf, Meißen. Welch inniges Verhältnis zwischen ihm und seiner zum größten Teil aus mutigen Vorkämpfern des Dritten Reiches bestehenden Belegschaft herrscht, zeigte eine Verhandlung vor dem Arbeitsgericht am 19. Oktober. Den Bericht darüber entnehmen wir der „Meißner Volkszeitung":

Der Steinarbeiter Schl., früheres Mitglied der NSDAP, jetzt der KPD und der RGO angehörend, klagt auf 74,70 Mark rückständigen Lohn, entstanden durch untarifliche Bezahlung. Seit Juli 1929 bei dem Beklagten in Arbeit, wurde er im Herbst 1930 wegen Mangel an Arbeit entlassen. Im Januar 1931 wurde er wieder eingestellt, jedoch nur, weil er sich mit einem untertariflichen Lohn von 70 Pfennig pro Stunde zufrieden gab, da nach Aussage des Beklagten der vom Zentralverband der Steinarbeiter abgeschlossene Stundenlohn von 85 Pfennig für das Geschäft nicht tragbar sei. Der unorganisierte Kläger behauptet, der Beklagte habe ihm bei seiner Einstellung im Januar 1931 gesagt, es seien Lohnverhandlungen im Gange, er wisse noch nicht, um wieviel der Tarif gekürzt würde, er zahle ihm vorläufig 70 Pfennig, mache jedoch der Tariflohn mehr aus, bekomme er den Differenzbetrag nachgezahlt. Der Beklagte bestreitet eine derartige Vereinbarung, ebenso sein als Zeuge vernommener Sohn und seine Ehefrau, die bei der Einstellung zugegen waren. Ab 28. Mai sind dem Kläger „freiwillig" 80 Pfennig pro Stunde gezahlt worden. Nach dem für den Beklagten geltenden allgemeinverbindlichen Tarifvertrag hatte der Kläger bis Ende Februar 1931 85 Pfennig Stundenlohn zu erhalten, ab 1. März 80 Pfennig. Da aber der Kläger nicht organisiert ist und der ab 1. März geltende Tarif erst am 1. Mai für allgemeinverbindlich erklärt wurde, kann er keinen Anspruch auf Tariflohn bis 1. Mai geltend machen. Ab 1. Mai standen ihm wieder 80 Pfennig zu. Als der Vorsitzende die Frage des Beklagten „Da hat wohl meine Vereinbarung von 70 Pfennig keine Geltung?" verneinte, ging er auf den Vergleichsvorschlag, den Differenzbetrag von 39,30 Mark für die Zeit der Allgemeinverbindlichkeit zu zahlen, mit den Worten ein: „Gut, ich zahle, aber das soll mir eine Warnung sein, wenn ich wieder Leute einstelle".

Der Vertreter des RGO, der sich vorsichtigerweise nicht als solcher ausgab, sondern erklärte, als „Person" zu erscheinen, stellte den Antrag, dem Kläger das Geld per Post zuzustellen, da er Gefahr laufe, bei Abholung im Betriebe verdroschen zu werden. Stolz, einen Teil des von dem verhaßten Zentralverband der Steinarbeiter und seinen Bonzen abgeschlossenen Tariflohns „erkämpft" zu haben, schritt er mit seinem Mandanten von dannen. Da der Beklagte Mitglied der tarifvertragschließenden Partei war, wäre dem Kläger als Mitglied des Zentralverbandes der Steinarbeiter ein voller Erfolg beschieden gewesen.

Wie uns noch zu der vorstehenden Sache mitgeteilt wurde, hat sich der RGO-Mann als Prozeßbevollmächtigter nach der Verhandlung von dem Kläger 5 Mark für seine „erfolgreiche" Vertretung geben lassen. Der gute Mann betreibt anscheinend seine Vertretung vor dem Arbeitsgericht „geschäftsmäßig", entgegen den gesetzlichen Vorschriften. Diesem Zustande kann recht bald abgeholfen werden, denn die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft ist froh darüber, daß jene Personen, die in der Prozeßvertretung vor den Arbeitsgerichten eine Verdienstquelle sehen, gesetzlich nicht zugelassen werden. Anscheinend wollen uns die wilden Männer der RGO in ihrer Dummheit auch diesen Vorteil zunichte machen!

Edenstetten. Auf welch erbärmliche Weise unsere Verbandsfunktionäre verdächtigt werden, zeigt ein Vorgang in Edenstetten, also in einem Bezirk, in dem es sowieso mit der gewerkschaftlichen Treue recht mau aussieht. Vor zirka zwei Jahren wurde der Steinarbeiter Karl Ertl in Edenstetten wegen Verbandsschädigung aus unseren Reihen ausgeschlossen. Der ganze Groll und Haß des Ausgeschlossenen richtete sich nun gegen den Zahlstellenvorsitzenden, Kollegen Karl Haban. Während dessen Abwesenheit vom Ort hat der Ausgeschlossene im Juli und August dieses Jahres in Gastwirtschaften die Behauptung aufgestellt, daß der Zahlstellenvorsitzende bei einem Streik im Jahre 1926 von Unternehmern eine „Handvoll Schmiergelder" bekommen habe. Statt solchen Verleumdern sofort eine gehörige Lektion auf den verlängerten Rücken zu erteilen, verlangten die Zuhörer Klage — sonst sei es wahr. Der blöde verleumderische Quatsch am Biertisch war nun Veranlassung von vergeblichem Sühneversuch und zwei Gerichtsverhandlungen. Und wie das fast immer bei solchen Vorkommnissen ist, die von dritter Seite zugetragen werden, versagen — die Zeugen. Folgedessen wurde in erster Instanz der Verleumder freigesprochen. In der Berufung vor dem Landgericht Deggendorf bekam die Sache dann doch ein anderes Gesicht. Leider ging der Verleumdete, unser Kollege Haban, auf Anregung des Gerichtsvorsitzenden, mit Rücksicht auf die Notlage des Verleumders und seiner Familie, auf einen Vergleich ein. Der Verleumder nimmt seine ehrabschneidende Behauptung als unwahr zurück und jeder Teil trägt seine Kosten. Damit ist der häßliche Streit erledigt, und in einem kleinen Ort, wo man sich gegenseitig am Tage immer wieder in den Weg läuft, mag diese Regelung vielleicht besser sein. Doch uns will dünken, daß eine solche erbärmliche Verleumdung, auch wenn sie durch Alkohol angeregt wurde, in jedem Falle eine exemplarische Strafe verdient. Rücksicht und Mitleid sind, besonders in der gegenwärtigen Verleumder-Zeit, nicht am Platze!

Neuzeitliche Steinbruchtechnik beim Bau der Chemnitzer Saidenbachtalstraße

Nach langjährigen Erwägungen hat die Stadt Chemnitz seit dem Jahre 1929 die Schaffung einer Talsperre im Saidenbachtale in Angriff genommen. In einer ausführlichen, in Heft 41/42 der Zeitschrift „Der Bauingenieur" veröffentlichten Darstellung schildert Diplomingenieur Steyer von der Arbeitsgemeinschaft Saidenbachtalsperre ausführlich dieses Werk. Hierbei erörtert er auch den für die Talsperrenerrichtung geschaffenen Steinbruchbetrieb nebst dessen Maschinenanlagen. Gerade dieser Abschnitt dürfte für unsere Leser aufschlußreich sein, weil dabei die letzten — leider Menschenkräfte sparenden — Errungenschaften der Technik auf dem Gebiete der Steingewinnung zur Anwendung kamen. In Anbetracht dieses Umstandes ist die nachstehende Darstellung niedergelegt.

Einleitend betont Dipl.-Ing. Steyer, daß der Ausstattung des Steinbruchbetriebes um dessentwillen die größte Sorgfalt gewidmet worden sei, weil erfahrungsgemäß gerade die Steinbrüche das Schmerzenskind aller Talsperrenbauten seien, weil ja nur vereinzelt ein geeigneter Bruch von genügender Beschaffenheit nahe der Baustelle zu liegen pflege. Zudem müssen für den gegebenen Verwendungszweck die Steine erheblichen, jedoch nicht zu großen Umfanges sein, damit sie dem Mauerbau dienen können. Gar häufig machen die in den Talsperrensteinbrüchen vorhandenen inneren Zerklüftungen, in denen sich Verwitterungsprodukte befinden, ein durchgreifendes Reinigen der Steine vor der Vermauerung erforderlich. Daher ergab sich für Bruchsteinsperren durchgehends folgendes Verfahren: Die von der Steinbruchwand anfallenden Gesteinsmassen wurden im Bruch von Löffelbaggern auf Fördergefäße geladen, auf der Steinwäsche abgekippt, daselbst von der Hand gereinigt, sortiert und endlich zur Baustelle gebracht, sofern nicht im Bruch die Sortierung von Hand auf Steinschalen vorgenommen wurde. Anschließend reinigte man mit Wasserstrahl und Bürste, auch der Handwäsche.

Die Bauleitung der Saidenbachtalsperre vermochte angesichts des großen Umfanges des benötigten Stoffes eine Mechanisierung in die Wege zu leiten, indem sie eine Groß-Sortier- und Waschanlage erstellte. Wie Dipl.-Ing. Steyer ausführt, war der maßgebende Gesichtspunkt hierbei die Verwendung mehrerer Kettenwanderroste, die in verschiedenen Abständen der Ketten bei der Großsortieranlage zur Sortierung benutzbar sind. Wenn dann die Gesteinsmassen über die Kettenroste gleiten, werden diese gründlich mit Hochdruckwasserstrahl gewaschen. Da aber der geringfügigste Teil des Gesteins — Zwicker- und Brechersteine — durch die Spalten der Ketten rasch hindurchdringt, wird dieses nicht hinreichend von dem Reinigungsstrahl behandelt. Mithin hat man anschließend an den zweiten Kettenwanderrost eine Gegenstrom-Waschmaschine in Betrieb genommen. Diese Maßnahme gestattet es, daß das ganze Gestein durch Löffelbagger im Bruch ohne Sortierung aufgeladen werden kann. Die Maschine nimmt dann das Aussortieren vor, wäscht diese und verbringt sie unmittelbar auf die Steinschalen. Letztere genügen durch ihre Bauart den Bedürfnissen des Kabelkranbetriebes und sie bringen den Stoff zur Beförderung an die Baustätte. Was sich von dem Gestein nicht zum Mauern eignet, gelangt aus der Gegenstrom-Waschmaschine in Kastenkippen zur Brech- und Mahlanlage; dort erfolgt die Zerkleinerung in Schotter, Grus und Quetschsand.

Unser Gewährsmann zählt noch an Einrichtungen, die der rationellen Ausbeutung des Steinbruchs dienten, auf: eine Kompressorenanlage mit drei feststehenden Einzylinder-Verbund-Kompressoren (Enddruck 6 Atm.); eine Preßluft-Bohrerschärf- und Stauchanlage mit Rohölglühofen und zwei Hochdruckzentrifugalpumpen (800 Liter Leistung je Minute). Endlich dienen der Erzeugung des Hochdruckwasserstrahles zwei Hochdruck-Zentrifugalpumpen. Lst.

Unsachgemäße Verwendung losen Schwarzpulvers

Unter der Ueberschrift „Unfall-Lehren" hat das Reichsarbeitsblatt in seiner Nr. 30 eine Dauer-Rubrik eingerichtet, die Unfälle, wie sie im praktischen Leben vorgekommen sind, schildert, um so einen wichtigen Beitrag zu der notwendigen Aufklärungsarbeit zu leisten. Sei es doch eine alte Erfahrung, daß tatsächliche Ereignisse mehr zu überzeugen vermöchten als wohlgemeinte Ratschläge. Gleich der erste in der Spalte „Unfall-Lehren" veröffentlichte Fall betrifft Steinarbeiter. Gewerberat Wolter-Kassel schreibt folgendes über die unsachgemäße Verwendung losen Schwarzpulvers.

In einem Basaltsteinbruch waren die sonst zum Zerlegen größerer Gesteinsblöcke in der Regel verwendeten Sprengsalpeterpreßkörper ausgegangen. Der Bruchmeister hatte daher einige Kilogramm loses Schwarzpulver besorgt und wollte damit außer anderen auch ein fast horizontal verlaufendes Bohrloch von etwa 1 Meter Tiefe laden. Er hatte sich in Ermangelung eines Zinktrichters ein Pappstück trichterartig gebogen und benutzte dieses zum Einführen des Pulvers in das Bohrloch, während ein Arbeiter mit einem hölzernen Ladestock nachschob. Dabei entzündete sich das — vermutlich mit Gesteinsteilchen vermischte — Pulver im Bohrloch infolge Reibung. Der vor dem Loche stehende Arbeiter erlitt starke Verbrennungen im Gesicht und am linken Arm; mit dem Verlust der Sehkraft eines Auges muß gerechnet werden. Auch der danebenstehende Bruchmeister wurde im Gesicht erheblich verbrannt. Der Unfall ist auf einen groben Verstoß gegen die Unfallverhütungsvorschriften zurückzuführen. Loses Schwarzpulver darf „nur bei in die Tiefe gehenden Bohrlöchern und Lassen, in welche es beim Einschütten von selbst hinabrollt, verwendet werden" (§ 104 Abs. 5 der UVV. der Steinbruchs-BG.) und muß dann „mittels eines zinkenen Trichters eingebracht werden, dessen Länge der Tiefe des Bohrloches entspricht" (§ 114 a. a. O.). Das Nachschieben mit dem Ladestock war unter allen Umständen zu vermeiden. Bei einer Neigung des Bohrloches von weniger als 45 Grad, wie im geschilderten Falle, hätte loses Schwarzpulver nur benutzt werden dürfen, nachdem es zuvor in Patronen eingefüllt war.

Lst.

---

dieser Zeit des Niederganges geleistet wurde. Diese Distanz wird allerdings nur ermöglicht, wenn die Betriebe wieder laufen und wenn Arbeitslosigkeit statt wie jetzt die Regel nur einen Ausnahmefall darstellt. Die fortschreitende Knochenerweichung vieler noch im Betriebe tätigen Kollegen, die glauben, nur durch fortwährendes Aufgeben ihrer Rechte sich den Arbeitsplatz noch sichern zu können, ist eine besonders unangenehme Erscheinung, außer der auf allen Gebieten zu beobachtenden Ausspielung von Arbeiter gegen Arbeiter. Durch stilles und unverdrossenes Wirken gegen alle diese Widerwärtigkeiten lassen unsere aufrichtigen und rührigen Verbandsmitglieder in der täglichen Kleinarbeit für die Gewerkschaft sich nicht von ihrem Wege abdrängen. Auf dem platten Lande, in den entlegendsten Gebirgswinkeln, wie auch in der Großstadt sind sie unbeirrt tätig. Dieses Wirken für den Verband erfüllt uns alle nicht nur mit Genugtuung, sondern bestärkt auch unser aller Zuversicht in die kommende Zeit. Darüber sind auch alle Verbandsmitglieder sich im klaren, daß der kommende Winter für das gesamte Arbeitsvolk wie für die Steinarbeiter im besonderen der wirtschaftlich erbärmlichste sein wird seit Ende des Weltkrieges. Trotzdem darf keiner von uns den Lebensmut sinken lassen, sondern er muß mit seinesgleichen in engster Gemeinschaft Schulter an Schulter stehen, immer bereit zum Marsch im gleichen und festen Schritt und Tritt zur Abwehr von Unerträglichem.

Natürlich muß auch damit gerechnet werden, daß an einzelnen Orten unser Häuflein zusammenschmilzt, weil noch dieser oder jener vom Wege abbiegt, sich seitwärts verdrückt in dem Glauben, allein oder mit anderen Irrläufern besser vorwärts zu kommen. So war das schon immer in bedrängten und gefahrvollen Momenten und Perioden, in denen es auf den einzelnen Mann mehr wie je ankommt. Der Krieg hat dafür manches Beispiel geliefert, und wer ihn mitgemacht hat, weiß das aus eigener Erfahrung. Denn es gibt Menschen, die gegen ihre eigene Schwäche mit dem besten Willen nicht ankämpfen können. Dafür nur ein kleines Beispiel: In einem Abschnitt mit sogenannten ruhigen Kampfhandlungen war trotzdem der ständige Patrouillengang notwendig, ja dauernd, Tag und Nacht, wurde dieser aufrechterhalten, um vor Ueberraschungen geschützt zu sein. Beim Antritt eines solchen Ganges mußten wir regelmäßig unseren dazugehörenden dritten Mann von der Latrine holen und sobald wir dann ziemlich außerhalb des schützenden Grabens waren, war dieser dritte Mann nicht zu bewegen, weiter mitzugehen. Wir ließen ihn wegen seiner Angst liegen und bei Rückkehr nach zwei Stunden schloß er sich uns wieder an, ohne daß es uns einfiel, diese Feigheit anzuprangern. In der Ferne ein Schuß, Knacken eines Zweiges oder eine Leuchtkugel warf ihn vor Angst um. Aehnliche Schwächlinge gibt es natürlich auch im Wirtschaftsleben, sie mögen sonst ganz gute, gefällige Menschen sein, nur haben sie entsetzliche Angst vor der eigenen Courage. Solche Schwächlinge lernt man besonders jetzt im Betriebe kennen, sie arbeiten, wenn der Unternehmer es verlangt, gar noch umsonst. Ueber einige solcher unglaublichen Fälle hat der „Steinarbeiter" bereits unterrichtet. Ja, die Arbeitslosigkeit und die Not macht mürbe, „biegt den stolzesten Rücken krumm"; das nutzen die Unternehmer und ihre richtigen und nicht richtigen Stellvertreter genügend aus. Solche schwache Personen gehen uns voraussichtlich in der kommenden Zeit noch manche verloren. „Kein großer Verlust," wird man sagen können, und richtig ist das im Hinblick auf die Zuverlässigkeit in unseren Reihen. Bedauerlich bleibt es aber dennoch wegen dem Unheil, das solche ungestützten Schwächlinge in einem Betriebe anrichten können durch das geduldete Wegsackenlassen so mancher Errungenschaft zum eigenen und anderer Schaden.

Unsere gewerkschaftlichen Organisationen haben gewiß schon manchen Stoß erlitten im Auf und Ab der Geschehnisse in den rund 70 Jahren ihres Werdens; nichts aber hat diese Organisationen in ihrer Entwicklung und Erstarkung und im Werden ihrer öffentlichen Bedeutung aufhalten können. Das wird auch die Weltkrise nicht und das wird erst recht nicht die reaktionäre Welle, die vor einigen Wochen in Harzburg so vernehmlich rauschte, fertig bringen. Die Zahl unserer eingefleischten Gegner ist bekanntlich nicht gering, ihre Organisationen und Gruppen sind durchaus nicht schwach. Der Kampf der Gewerkschaften gegen diese Widersacher ist hart, er erfordert neben der Zuversicht in den eigenen Reihen Nerven und Ueberzeugungstreue. Das alles ist vorhanden, deshalb brauchen wir um den endgültigen Ausgang keine Befürchtung hegen. Die Zukunft gehört dennoch der sozialistisch eingestellten Arbeiterschaft, das fühlen instinktiv alle unsere Gegner, deshalb auch der unbegrenzte Haß, der zu allem fähig ist, wenn ihre Träger irgendwo einmal zur vorübergehenden Macht gelangen. Darum, Steinklopfer, seid auf dem Posten, haltet die Reihen geschlossen, wer jetzt ausbricht ist ein Feigling, ein Verräter an seiner Sache!

Steinklopfer-Hannes.

Der Arbeitslose

Ich gehe da, ich stehe hier, verwarte meine Zeit,
Und habe Hunger wie ein Tier, bin schon zum Sprung bereit.
Noch höre ich, noch sehe ich, die Räder stehn nicht still,
Doch meine Hände braucht man nicht. Wer weiß, wer es so will.
Der Staat, das Geld, das Stempelhaus? Ich bin auch auf der Welt!
Die Sonne löscht mir niemand aus, drum schrei ich, daß es gellt:
Heraus aus dieser Hungerschicht, es geht um unser Brot,
Wir sammeln uns, wir zögern nicht, wir sind ja noch nicht tot!

Aus: „Bannmeile des Lebens", Gedichte von Georg Zemke. Verlag: „Die Rabenpresse", Berlin S 14, Stallschreiberstraße 30.

Rundschau

Staublungen und Staublungentuberkulose. Dr. Ickert, ein auf dem Gebiete der Lungentuberkulose-Forschung besonders hervortretender Forscher, bespricht in den Beiträgen zur Klinik der Tuberkulose (Bd. 63) die Wechselwirkungen zwischen Staublunge und Staublungentuberkulose. Als Ergebnis der das Schrifttum „Experimente und Sektionen" umfassenden Untersuchungen folgert der Verfasser: Die Gefährlichkeit einer Staubart hängt von dem Grade der Beimengung von Kieselsäure ab, die eine besondere Form der Lungentuberkulose, die Staublungentuberkulose bedingt. Zur weiteren Erforschung des Problems fordert Dr. Ickert ein zentrales Institut nach dem Vorbild des Goldminendistrikts in Südafrika.

Was ist schwere Staublungenerkrankung? Ein aufschlußreicher Aufsatz im Archiv für soziale Hygiene (Bd. V) faßt Verbesserungsvorschläge für die 2. Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten vom 11. Februar 1930 zusammen. Dabei wird die Forderung gestellt, daß die schweren Staublungenerkrankungen exakter definiert werden. Die einen Gutachter verstehen nämlich darunter die unter der Stauberkrankung der Lungenschwerleidenden, andere, die auf dem Röntgenbild fortgeschritten erscheinenden Staublungen. Des weiteren ist als vordringlich erachtet die obligatorische Einführung der Uebergangsrente zunächst mindestens für Staublunge.

Auch Gewerkschaftsfeinde. Gleichzeitig mit der Gründung der Roten Gewerkschaftsinternationale in den Jahren 1920/21 rief Moskau die Rote Sportinternationale ins Leben. Auch sie ist, wie die RGI, den Anweisungen der Komintern unterstellt und Gegnerin der freien Gewerkschaften. Ihr deutscher Ableger, der Kommunistische Sportverband, — unter dem Namen „Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit" und dem Gruß „Rot Sport" segelnd — ist fanatischer Förderer der RGO-Arbeit. In seinen Zeitungen fordert er u. a. zur Wahl „roter" Betriebsräte auf, zur „Durchführung der Sturmtage der RGO" und Unterstützung kommunistischer Streiks. Die westdeutsche Landesleitung des KPD-Sportverbandes gibt in ihrem Rundschreiben Nr. 6 vom 1. Juni 1931 den Ortsgruppen der rheinischen Wandersparte zur Landagitation am 7. und 8. Juni im Eifgental, in denen es heißt:

„Wir bringen als Kommunisten den arbeitenden Bauern im Augenblick der Machtergreifung sofortige und vollständige Schuldenfreiheit."

Dasselbe soll den Bauern in bezug auf völlige Steuerfreiheit erzählt werden. Das sind Teile des kommunistischen Agrarprogramms. Bei der Landfahrt ins Eifgental vertrieben die Mitglieder des KPD-Sportverbandes die Zeitung „Der Land- und Forstarbeiter", Organ der RGO, und die „Neue Deutsche Bauernzeitung", Organ des Reichs-Bauernbundes.

„Rot Sport" und Stahlhelm vereint gegen die Gewerkschaften. Wie sich das Kampfbündnis des kommunistischen Sportverbandes mit der RGO auswirkt, dafür ein Beispiel aus Eßlingen in Württemberg. Dort verpflichtete der kommunistische Turnverein eine unter der Leitung eines Stahlhelmmannes stehende Musikkapelle, weil sie, im Gegensatz zur Eßlinger Arbeitermusikkapelle, 25 Prozent unter Tarif spielt.

Brauchen Organisierte mit Streikbrechern zusammenzuarbeiten? Das Reichsarbeitsgericht hat eine bedeutungsvolle Entscheidung gefällt. (RAG. 21. 5. 30. — 18. 30.) Einige organisierte Arbeiter hatten sich geweigert, mit Streikbrechern zusammenzuarbeiten. Der Unternehmer war infolgedessen gezwungen, die Streikbrecher zu entlassen. Diese strengten nun gegen die organisierten Arbeiter Schadenersatzklage an. Die Kläger wurden jedoch in allen Instanzen abgewiesen. In der Begründung des Reichsarbeitsgerichts heißt es u. a.: Die Beklagten sahen in den Klägern Streikbrecher und hielten es mit ihrer Standesehre nicht für vereinbar, mit ihnen zusammen zu arbeiten. Das Verhalten der Beklagten wäre unsittlich gewesen, wenn sie den Zweck verfolgt hätten, die Kläger wegen des Streikbruchs gewissermaßen zu bestrafen oder sich an ihnen zu rächen. Es ist aber festgestellt, daß die Beklagten nicht bezweckt haben, Rache zu nehmen, vielmehr erachten sie es als mit ihrer Standesehre nicht verträglich, mit den Streikbrechern zusammenzuarbeiten. Das Verhalten der Beklagten würde einen Verstoß gegen die guten Sitten auch dann in sich schließen, wenn ihr Tun geeignet gewesen wäre, die wirtschaftliche Existenz der Kläger zu vernichten oder auch nur zu gefährden. Nach den getroffenen Feststellungen kann auch davon keine Rede sein.

Dieses Urteil des Reichsarbeitsgerichts erscheint uns sehr vernünftig. Es ist deshalb kein Wunder, daß die Unternehmerpresse über die getroffene Entscheidung in Wut gerät. Dennoch hat die höchste Instanz der Arbeitsgerichte als ganz richtig erkannt, daß es einem organisierten Arbeiter nicht zugemutet werden kann, mit Streikbrechern zusammen zu arbeiten. Vor allem ist es erfreulich, daß das Reichsarbeitsgericht auch bei den Arbeitern eine Standesehre feststellt. Die Gegner der Arbeiterschaft glauben, daß der Arbeiter und Angestellte eine Standesehre nicht besitzt und darauf auch keine Rücksicht genommen zu werden braucht. Desto beachtenswerter ist die Stellungnahme des Reichsarbeitsgerichts.

Reiniger des öffentlichen Lebens. In der vom Hauptverband Deutscher Krankenkassen herausgegebenen Zeitschrift „Deutsche Krankenkasse" Nr. 44 befindet sich folgende bezeichnende Notiz: „Wie die Reiniger des öffentlichen Lebens manchmal aussehen, dafür liefern uns die „Hamburger Nachrichten" einen interessanten Beleg. Die Zeitung sieht seit Jahren anscheinend ihre Aufgabe darin, den Krankenkassen Mißwirtschaft in jeder Beziehung vorzuwerfen. Erst am 22. Oktober 1931 brachte sie wieder einen Artikel unter der Ueberschrift „Rote Mißwirtschaft bei einer Ortskrankenkasse". Anscheinend um die „rote Mißwirtschaft" nicht zu unterstützen, sind die „Hamburger Nachrichten" mit der Zahlung ihrer Beiträge bei der zuständigen Ortskrankenkasse in Höhe von 22 000 Mark im Rückstand."

Jeder vierte Deutsche arbeitslos. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland schwillt an. Der Monat August brachte eine Zunahme der Beschäftigungslosen um 225 000, der September um 140 000 und der Oktober um 267 000. Am 31. Oktober waren in Deutschland 4 622 000 Arbeiter und Angestellte beiderlei Geschlechts ohne Beschäftigung. Davon wurden in der Arbeitslosenunterstützung 1 185 000 und in der Krisenfürsorge 1 350 000 unterstützt. Die deutsche Wirtschaft verfügt über einen Bestand von etwa 21 Millionen Arbeitskräften (Arbeiter und Angestellte), die für den freien Arbeitsmarkt in Frage kommen. Von diesem Bestand dürften gegenwärtig noch etwas über 16 Millionen in Arbeit stehen. Ende November wird etwa jeder vierte Deutsche ohne Beschäftigung sein. Der Schrumpfungsprozeß, der seit Juli eingetreten ist, hat so gut wie keinen Wirtschaftszweig verschont. Von Ende Juli bis Ende September sind in der deutschen Industrie 269 000 Arbeiter freigesetzt worden. Obenan steht das Baugewerbe mit rund 81 000 Arbeitskräften. Es folgt die Metallindustrie mit 60 000, ungelernte Arbeiter mit 50 000 usw. Neben dem Beschäftigungsrückgang wuchs die Kurzarbeit. Ende September arbeiteten rund 30 v. H. der Gewerkschaftsmitglieder verkürzt. Man beachte: beinahe ein Viertel der Arbeiterschaft ist arbeitslos und von den in Arbeit Stehenden arbeitet noch ziemlich der dritte Teil verkürzt. So sieht es zur Zeit in Deutschland aus! Diese Entwicklung geschah trotz der günstigsten Witterungsverhältnisse. Eine Illustration dafür, wohin eine Wirtschaftspolitik führt, die Lohnsenkung und Kaufkraftvernichtung als die Richtschnur volkswirtschaftlichen Handelns betrachtet.

Internationale Preisentwicklung. Die Indexzahlen der Großhandelspreise sind noch nicht zum Stillstand gekommen. In allen Ländern ist noch ein weiterer Rückgang zu beobachten. Die Preisentwicklung der einzelnen Staaten ist nicht gleichmäßig verlaufen. Die nachstehende Zusammenstellung bietet einen Ueberblick über die Preisgestaltung in einzelnen Ländern:

Indexzahlen der Großhandelspreise
(auf Goldbasis, Durchschnittsstand 1913 = 100)

	Deutschland	England	Frankreich	Tschechoslowakei	U.S.A.
1929 Durchschn.	137	137	124	130	134	138
1930 Durchschn.	125	120	108	117	117	124
April 1931	114	106	98	108	110	105
Juli 1931	112	102	93	114	108	100
August 1931	110	99	90	110	105	101
Sept. 1931	109	93	87	108	—	99

Von den sechs Ländern sind die Preise in Deutschland und Oesterreich am wenigsten zurückgegangen. Am stärksten war der Rückgang in Frankreich. Bezüglich England ist die Septemberziffer 1931 umgerechnet auf die Goldbasis auf Grund des Dollarkurses. Die obigen Zahlenreihen zeigen jedenfalls, daß die Großhandelspreise in einigen Ländern unter dem Vorkriegsstand liegen. Da die Indexzahlen der Großhandelspreise nicht gleichmäßig in jedem Lande errechnet werden, sind die Zahlen nicht ohne weiteres miteinander vergleichbar.

Unterstützt die Weihnachtslotterie der Arbeiterwohlfahrt!

Die Wohlfahrtsorganisation der Partei, die Arbeiterwohlfahrt, erstrebt die Mitwirkung der Arbeiterschaft bei der Wohlfahrtspflege. Sie will durch praktisches Handeln die Auffassung der Arbeiterschaft auch auf diesem Gebiet zur Geltung bringen. Sie fordert insbesondere die gesetzliche Regelung der gesamten Wohlfahrtspflege als Aufgabe des Staates, dem die Pflicht obliegen muß, mit Hilfe seiner Organe und aller dazu fähigen Staatsbürger für alle Zweige der Volkswohlfahrt zu sorgen. Die enge Verbundenheit mit den notleidenden Menschen gibt der Arbeit der Arbeiterwohlfahrt den ganz bestimmten Charakter der Kameradschaftlichkeit und Solidarität. Mit Recht haben darum die Gewerkschaften das Streben der Arbeiterwohlfahrt stets gefördert und, wo Mittel und Möglichkeiten vorlagen, auch finanzielle Unterstützungen geleistet. Um jeder sozialen Solidarität, auf der die Leistung der Arbeiterwohlfahrt beruht, im weitesten Umfange zu praktischer Wirksamkeit zu verhelfen, brauchte sie von Anfang an eine Legion von Helfern in Stadt und Land, die schon in ähnlichen Diensten der Solidarität geschult waren. Sie gewann diese Helfer vorzugsweise aus den Reihen der freien Gewerkschaften. Es wäre der Arbeiterwohlfahrt gar nicht möglich gewesen, in kurzer Zeit das ganze Deutschland mit einem Netz von Büros, Ortsausschüssen, Vertretungen in den öffentlichen Wohlfahrts- und Sozialkörpern, charitativen Einrichtungen zu überziehen, hätten nicht gerade die erfahrensten und erprobtesten Gewerkschaftsmitglieder mit Rat und Tat mitgewirkt und Erfahrungen und praktische Hilfe aus dem in einem halben Jahrhundert gewonnenen Schatz an Erkenntnissen und Mitteln beigesteuert.

Zum sechstenmal veranstaltet die Arbeiterwohlfahrt ihre Weihnachtsloterie. Nicht um an die Leidenschaft des Spiels zu appellieren, sondern als Mittel zum Zweck, da die Arbeiterwohlfahrt zur Erfüllung der gesteckten Aufgabe in ausreichender Weise mit eigenen Mitteln Hilfe bringen muß. Zwar vermag sich keine der großen bürgerlichen Wohlfahrtsorganisationen mit dem gut eingeführten Organisationsapparat und der großen Zahl tatbereiter Helfer der Arbeiterwohlfahrt zu messen, aber bei der Aufbringung der erforderlichen Mittel haben sie alle doch geringere Schwierigkeiten zu überwinden. Warum es so ist, bedarf keiner besonderen Darlegungen. Der Hinweis auf diesen Sachverhalt erklärt genügend, daß die Arbeiterwohlfahrt allein auf diesen Weg, der auch von den anderen Wohlfahrtsorganisationen in Anspruch genommen wird, nicht verzichten kann. Wie das gesamte Streben und jede einzelne Tat der Arbeiterwohlfahrt, so verdient auch die Lotterie die emsigste Unterstützung aus den Reihen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft. Wir erinnern unsere Freunde nur an eine Pflicht, wenn wir sie auffordern, sich allerorts für ein gutes Ergebnis der Lotterie einzusetzen.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

Versammlungen:

Sonntag, 29. November.

Für Lauter um 9 Uhr „Reichshalle" zu Aue. Alles zur Stelle!

In Bochum, auch für Werne, Langendreer und Linden, Dahlhausen um 10 Uhr in der Sportzentrale, Ecke Falkweg und Grabenstraße. Mitgliedsbuch legitimiert. Unsere Versammlungen finden jeden letzten Sonntag im Monat statt.

*

Raumünzach. Die Firma Kiederle, Schwarzwälder Granitwerke, hat in ihrem hiesigen Werk ganz willkürliche Lohnsätze durch Anschlag verfügt, die eine bedeutende Lohnsenkung vorsehen; sie fordert die vor Wochen entlassenen Steinarbeiter auf, die Arbeit aufzunehmen. Es handelt sich um die Pflastersteingruppe. Ein Tarif ist nicht vereinbart worden. Der Betrieb ist infolgedessen zu meiden!

Gsteinach und Ochenbruck. In beiden Orten sind die Granitwerke bzw. -schleifereien unbedingt zu meiden wegen Lohnabzügen ohne Verständigung mit unseren Kollegen.

Schwarzenbach a. Saale. Die Firma Morgeneier & Schörner hier am Ort mutet den Steinarbeitern zu, 28 Prozent unter Tarif zu arbeiten. Die Firma ist deshalb streng zu meiden!

*

Oertliche Reiseunterstützung wird nicht mehr gezahlt in **Elgershausen** und in **Kottbus.**

Wohlfahrtseinrichtung im Regierungsbezirk Stralsund und in den Kreisen **Anklam und Demmin.** Wegen der bevorstehenden Auszahlung wird ersucht, die Arbeitgeber rechtzeitig auf die Anforderung der benötigten Marken hinzuweisen. Die ordnungsmäßig mit dem 30. November d. J. abgeschlossenen Nachweiskarten sind bis spätestens 10. Dezember — einzeln oder vom Zahlstellenvorstand gesammelt — an die Geschäftsstelle, z. Hd. des Herrn S. Rehmann, Greifswald, Anklamer Straße 60/61, einzureichen. Der 10. Dezember ist der äußerste Termin, später eingehende Nachweiskarten können nicht mehr berücksichtigt werden.

Kottbus. Sämtliche in Drewitz (Kreis Kottbus) wohnenden Steinsetzer und Rammer haben die Zahlung der Verbandsbeiträge eingestellt, sie sind somit als Unorganisierte zu behandeln.

Verlorene Mitgliedsausweise: In Magdeburg das Verbandsbuch Nr. 29 926 für Otto Hohlbein, Steinsetzer.

Adressenänderungen

1. Gau: **Stuhm.** Vors. Ernst Nickel, Tragheimerweide, Marienwerder-Land.

8. Gau: **Rögling.** Vors.: Georg Böswald im Erholungsheim, Vertreter: Kassierer: Max Biber. — **Stadtprozelten.** Kass.: Joseph Stahl.

Briefkasten

Namen immer deutlich schreiben. In der Veröffentlichung unter „Verbandstreue" in Nr. 43 muß es unter Kappelrodeck heißen: Joseph Enzersberger.

K. L. Aeltere Fettflecken auf weißem Marmor können nicht gänzlich entfernt werden. Es gibt gewisse Verfahren zur Abschwächung, die kann aber nur ein erfahrener Marmorarbeiter anwenden; eine Briefkastenauskunft kann diese Erfahrung nicht ersetzen. Der einzig richtige Rat: Gebt die betreffende Platte in eine dortige Marmorschleiferei!

P. B. Die Frage ist nicht ganz klar. Wenn die Witwe Invalidenrente bezieht auf Grund eigener Leistungen in der Versicherung, dann hat sie allerdings einen Zuschußanspruch aus der Versicherung ihres verstorbenen Mannes. Der § 1318 der RVO besagt, daß sie dann von beiden Renten die höchste bekommt und von der anderen die Hälfte als Zusatzrente.

Bücher und Zeitschriften

Dr. Rolf Bathe: **„Der Zusammenbruch."** Herausgeber: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Berlin SW. 68. 40 Seiten. Mit Umschlag und Bild. Preis 15 Pfg. 1931.

Der Verfasser stützt sich auf das vom Reichsarchiv herausgegebene militärwissenschaftliche Standardwerk „Schlachten des Weltkrieges" und läßt nun kurz die entscheidenden Kämpfe Loretto, Verdun, Somme, Flandern und Champagne vorüberziehen. Damit wird die blöde Dolchstoßlegende in das richtige Licht gerückt. In der Schrift, die vor allem die Jugend lesen sollte, ist sehr wichtiges Dokumentenmaterial konzentriert wiedergegeben. Ihr Inhalt und Zweck verdient lebhafte Propaganda zum Vertrieb, der Preis von 15 Pfg., dieser 40 Seiten starken Schrift ermöglicht es.

„Bannmeile des Lebens." Gedichte von Georg Zemke. Verlag: Die Rabenpresse, Berlin S 14. Preis kart. 1,50 Mark.

Aus den Gedichten schreit die gequälte Kreatur; einige sind packend, knappe Sprache und doch Wohlklang. Das vorliegende kleine Gedichtbuch berechtigt zu besten Hoffnungen für den Werdegang des Verfassers, der vielleicht noch Besseres geben kann. Das Buch kann durch alle Buchhandlungen bezogen werden.

„Gesundheit", Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137.

Der Winter naht. Dem trägt auch die „Gesundheit", die an den Krankenkassenschaltern kostelos verteilte Monatsschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes, in ihrer Novembernummer Rechnung. Vor allem gilt dies für Aufsätze über „Die Lungenentzündung", die typische Erkrankung des Spätherbstes, ihre Ursachen und die Mittel zu ihrer Verhütung, sowie über den „Kehlkopfkatarrh" und über den „Husten alter Leute". Als weitere häufige Krankheitserscheinung wird das „Ohrensausen" behandelt. Ein Artikel „Der Schmerz, unser Helfer" kennzeichnet den Schmerz nicht wie er uns zunächst erscheint als Feind, sondern als wichtige Warnungsstimme aus dem Körperinneren. Die gesteigerte Benutzung der künstlichen Licht- und Wärmequellen während der Wintermonate läßt die Darlegungen über „Elektrische Unfälle im Haushalt" besonders bedeutungsvoll erscheinen. Der gleichfalls im Winter gesteigerte Wirtshausbesuch veranlaßt gerade jetzt zu einer Betrachtung über die Alkoholfrage unter dem Titel „Warum die Menschen trinken". Ein verwandtes Gebiet, das Rauchen, wird unter der Ueberschrift „Nikotinarme Tabakfabrikate" behandelt. Aus dem Gebiete der allgemeinen Körperpflege findet die „Handpflege" besondere Erörterung. Der von den Sozialhygienikern geforderte „Gesundheitspaß" wird im Wesen und Zweck dem Leserkreis verständlich gemacht. Endlich dient auch diese Nummer der Bekämpfung von Vorurteilen gegen die Krankenversicherung. Im Plauderton werden unter den Ueberschriften „Wie kommt man billig zu Parfüm?" und „Vom Verwaltungsluxus der Krankenkassen" einmal die Sucht mancher Kassenmitglieder, die Krankenversicherung zu Zwecken auszunutzen, zu denen sie nicht bestimmt ist, und zum anderen die übertriebenen Darstellungen über die Verwaltungskosten in der Krankenversicherung behandelt. So bietet auch diese Nummer eine Fülle wissenswerten Materials in ansprechender und leicht faßlicher Form.

„Protokoll der Verhandlungen des vierten Bauarbeiterschutzkongresses" am 8. und 9. Juni 1931 in Berlin. 120 Seiten. Berlin 1931. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Ladenpreis 1,90 Mark, Organisationspreis 1,50 Mark.

Die Referate auf dem Kongreß über „Zweck und Ziel des Bauarbeiterschutzes", „Die Entwicklung des Bauarbeiterschutzes bis zur Gegenwart", „Zusammensetzung und Aufgaben der Bauarbeiterschutzkommissionen", „Erkennung und Verhütung von Berufskrankheiten im Baugewerbe" und „Moderne Baumethoden und die damit verbundenen Gefahren" geben einen Ueberblick über die Fortschritte der Bauarbeiterschutzbestrebungen der letzten zwei Jahrzehnte wie auch über die durch die Fortschritte der Technik aufgetretenen veränderten Gefahrenmomente und die Möglichkeiten ihrer Bekämpfung. Die auf dem Kongreß angenommenen Entschließungen können als richtungweisend für das weitere Arbeiten der Gewerkschaften auf diesem Gebiete angesehen werden. Dem Protokoll ist im Anhang eine gedrängte Zusammenstellung einer Anzahl für die Durchführung des Bauarbeiterschutzes wichtiger Bestimmungen beigegeben.

Das Protokoll wird nicht nur Gewerkschaftsfunktionären, Mitgliedern der Bauarbeiterschutzkommission und den Bau- und Platzdelegierten, sondern auch Betriebsleitern, Polieren und den Baukontrolleuren bei ihrer Aufgabe, Unfall- und Gesundheitsgefahren im Baugewerbe zu beobachten und zu beseitigen, ein Helfer sein.

Anzeigen

Pflasterhämmer
aus bestem Schweisstahl
Rammen, Brechstangen
und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb
Otto Teske, Berlin N 31
Brunnenstraße 82

Steinarbeiterhosen aus III-Drahtleder mit 12er Schuß u. Ledertaschen 11.50 Mk., aus II-Drahtleder 8.— und 6.— Mk., **Maurersocken** 1.10 Mk.
Echt Lindner-**Manchesterhosen**
Qual. I 15.—, II 11.50, III 10.— Mk.
vers. n. Maß b. Bestellung von 20 Mk. frei Haus, Preisliste u. Muster gratis.
Emil Hohlfeldt, Dresden 6, Ritterst. 2
(Spezialfabrik für Berufskleidung)

Beschläge für Schreibzeuge
Kartenständer, Brieföffnerklingen
Petschafte usw. liefert
F. W. Wagner, Altona Elbe
Große Bergstraße 37
Liste bitte einfordern

Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

Faulbach. Am 24. Oktober der Sandsteinmetz Joseph Zöller, 48 Jahre alt, 7 Monate krank.

Gefrees. Am 3. November der Granitsteinmetz Johann Schaller I, 69 Jahre alt, 7 Jahre krank, Asthma.

Berlin. Am 7. November der Schleifer Wilh. Matulat, 68 Jahre alt, 14 Tage krank, Lungenentzündung.

Hamburg. Am 8. November der Steinsetzer Johannes Haselhorst, 42 Jahre alt, Herzschlag nach 4 Monate dauernder Erkrankung (Lungenentzündung).

Gommern. Am 11. November der Pflastersteinmacher Otto Koch, 51 Jahre alt, 22 Monate krank, Herzschwäche.

Kassel. Am 12. November der Hilfsarbeiter Heinrich Gerstenberg, 54 Jahre alt, 5 Wochen krank, Rippenfell- und Lungenentzündung.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung Hermann Siebold. Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig; Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Von der 55. Tagung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts in Genf hielt seine 55. Sitzung vom 12. bis 17. Oktober ab. Vor der Erledigung der umfangreichen Tagesordnung hatte er einen neuen Vorsitzenden zu wählen, da Artur Fontaine, sein bisheriger Vorsitzender, Anfang September, gestorben ist. Fontaine, der Vertreter der französischen Regierung, war Vorsitzender seit 1920, er war in Frankreich ein überzeugter Anhänger und Förderer der Sozialpolitik und hat auch als Vorsitzender des Verwaltungsrats, soweit es sich mit einer unparteiischen Geschäftsführung überhaupt vertrug, die Interessen der Arbeiter wahrgenommen.

Sein Nachfolger wurde Ernst Mahaim, der als Vertreter der belgischen Regierung dem Verwaltungsrat von Anfang an angehört. Auch Mahaim ist ein bürgerlicher Sozialpolitiker von Ruf. Ueberall stößt man auf seinen Namen, wenn man die Geschichte der internationalen Sozialpolitik durchblättert. Er war seither Vorsitzender des Geschäftsordnungsausschusses des Verwaltungsrats. Seine Geschäftsführung hat nie zu Beanstandungen Veranlassung gegeben, und er ist ohne Frage der gegebene Vorsitzende des Verwaltungsrats. Leider wird er es nur ein Jahr lang sein. Auch bisher wurde der Vorsitzende immer nur für die Dauer eines Jahres gewählt. Wiederwahl war aber zulässig und Fontaine ist regelmäßig wiedergewählt worden. Dem hat ein Antrag der Regierungsgruppe ein Ende gemacht. Jetzt sieht die Geschäftsordnung vor, daß von Jahr zu Jahr gewechselt wird. Mahaim wird abgelöst werden durch einen Regierungsvertreter eines überseeischen Staates, diesem folgt einer der kleineren Staaten, die nicht ständig dem Verwaltungsrat angehören und dann geht es in diesem Turnus weiter, so daß alle drei Jahre ein überseeischer Regierungsvertreter Vorsitzender ist.

Daß dieser Wechsel sehr zweckmäßig ist, wird sich kaum behaupten lassen, aber die Neuregelung wurde getroffen, um die Klagen der Ueberseeländer einigermaßen zu entkräften. Immer mehr wird von diesen betont, daß die Internationale Arbeitsorganisation eigentlich eine europäische Angelegenheit sei und ihren Interessen und ihrer Entwicklung viel zu wenig Rechnung getragen werde. Diese Klagen sind zuerst in der Arbeitergruppe laut geworden, sie wurden nach und nach von den anderen Gruppen aufgegriffen und jetzt vergeht kaum eine Sitzung des Verwaltungsrats und keine Konferenz, ohne daß ein Vertreter aus Uebersee auf die Benachteiligung hinweist. Verdichtet hat sich diese Strömung schon zu einem Antrag auf Abhaltung einer asiatischen Konferenz.

Zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit den Unternehmervertretern kam es bei der Festsetzung der Tagesordnung für die Konferenz von 1933. Die Oktobertagung des Verwaltungsrats nimmt in der Regel die erste Prüfung der vorgeschlagenen Tagesordnungspunkte vor, endgültig wird die Tagesordnung erst im Januar darauf festgesetzt. Schon jetzt kann gesagt werden, daß im Jahre 1933 die Konferenz sich mit der zweiten Lesung der Punkte zu beschäftigen haben wird, die im Jahre 1932 erstmalig beraten werden. Es sind dies vor allem die Invaliden-, Alters- und Sterbeversicherung und die Arbeitsnachweise, daneben wird die Arbeitslosenversicherung und das Vierschichtensystem in der Tafelglasindustrie, wenn nicht in der gesamten Glasindustrie, soweit sie kontinuierlich arbeitet, auf der Tagesordnung stehen. Die Aussprache wurde eingeleitet mit einer Erklärung der Unternehmer folgenden Inhalts:

„Wir halten es für unsere Pflicht, uns mit der ganzen Offenheit auszusprechen, welche die Situation erfordert.

Diese ist, wie Sie alle wissen, in sämtlichen Ländern schwierig: zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten gesellten sich die finanziellen Erschütterungen, und alle Staaten streiten sich darüber, wie dieser Krise Einhalt geboten werden kann und wie man sich den neuen Verhältnissen anpaßt.

Wir haben die feste Ueberzeugung, daß die Welt aus diesen Schwierigkeiten herauskommen muß und herauskommen wird. Wir versprechen, wie in der Vergangenheit, der Internationalen Arbeitsorganisation unsere Mitarbeit. Wir sind aber der Meinung, daß in diesem Augenblick vor allen Dingen das Bestreben notwendig ist, die von der Internationalen Arbeitsorganisation bereits erzielten Ergebnisse zu erhalten und zu befestigen.

Wir verhehlen uns nicht, daß die Fragen, welche auf der Tagesordnung von 1932 und 1933 stehen: Invaliden-, Alters- und Sterbeversicherung, dazu die Frage der Arbeitsnachweise, infolge der neuen Belastungen, die sie für viele Länder mit sich bringen, die erforderliche Anpassung schwieriger machen. Immerhin handelt es sich hier um einen Beschluß, der in besseren Zeiten gefaßt wurde und dem wir uns unterwerfen. Aber wir zögern nicht, zu erklären, daß man, im Interesse der Gesamtheit, der Weltwirtschaft die nötige Zeit lassen muß, sich zu erholen und es unterlassen muß, ihr neue Fesseln anzulegen.

Aus diesem Grunde können wir uns dem neuen, in der Note des Direktors angeregeten Aktionsprogramm nicht anschließen — dies um so weniger, da das für 1932 und 1933 bereits aufgestellte Programm, um zum guten Ende geführt zu werden, von der Konferenz eine beträchtliche Anstrengung erfordern wird.

Es erscheint uns sogar klug, die Arbeit der Konferenz von 1932 und 1933 auf die Behandlung der folgenden Gegenstände zu beschränken:

Invaliden-, Alters-, Sterbeversicherung und Arbeitsnachweise, so wie sie in dem dem Rate derzeit vorliegenden Graubericht vorgesehen sind und die Frage der Aufrechterhaltung der Pensionsansprüche davon loszutrennen zur Berichterstattung in der ersten Aussprache von 1933, da diese Frage erst nach Lösung der Hauptprobleme logisch behandelt werden kann.

Dies ist der einzige neue Punkt, den wir für die Tagesordnung von 1933 vorschlagen."

Mit anderen Worten heißt das: Die Internationale Arbeitsorganisation hat auf sozialpolitischem Gebiet „Halt!" zu blasen. Es ist genug geschehen.

Bezeichnend für die Einstellung der Unternehmer ist, daß sie in einer Zeit, wo 25 Millionen Arbeitslose vorhanden sind, hintertreiben wollen, daß die Arbeitslosenhilfe von der Konferenz besprochen wird. Das ist ein Mut, um den sie nicht zu beneiden sind. Selbstverständlich ist ihnen in der Aussprache nichts geschenkt worden und bei der Abstimmung über ihren Vorschlag sind sie auch ganz allein geblieben.

Beachtlich ist, wie die schlechte Kassenlage des Völkerbundes auf die Geschäfte der Internationalen Arbeitsorganisation einwirkt. Es ist ein alter Streit zwischen dem Verwaltungsrat des Arbeitsamts und dem Finanzausschuß des Völkerbundes, ob der Verwaltungsrat das Recht hat, selbständig den Haushalt für das Amt zu regeln, oder ob dem Finanzausschuß des Völkerbundes das Recht zusteht, Abstriche zu machen. Bisher hat der Verwaltungsrat nicht vermocht, seinen Willen durchzusetzen, Jahr für Jahr wird vom Völkerbund der Ausgabenetat gekürzt. Für das Jahr 1932 verlangt er besonders starke Abstriche und dies hat zur Folge, daß die seemännische Konferenz, die die im Jahre 1930 begonnene Arbeit zu Ende führen soll, erst im Jahre 1933 abgehalten werden kann. Im Jahre 1932 fehlen die dazu erforderlichen Mittel. Damit ist auch die technische Vorkonferenz, die schon im Dezember d. J. stattfinden sollte, wegen der langen, dazwischen liegenden Zeitspanne zunächst hinfällig geworden.

Dabei ist lebhaft besprochen worden, ob das Vorrecht der Seeschiffahrt, ihre Angelegenheiten in besonderen seemännischen Konferenzen zu regeln, aufrechterhalten bleiben darf, oder ob diese Fragen auf allgemeinen Konferenzen mit erledigt werden sollen. Die Arbeitergruppe hat sich immer für Regelung in allgemeinen Konferenzen ausgesprochen. Da aber die Reeder Schwierigkeiten auf Schwierigkeiten häufen und die Regelung der Arbeitszeit an Bord stark gefährdet erscheint, ist sie bei der Abstimmung für die Sonderkonferenz gewesen.

Hervorzuheben ist noch, daß der Ausschuß für die Arbeitslosigkeit noch in diesem Jahr zusammentreten soll und daß ein besonderer Ausschuß für eine Erhebung in der Schwerindustrie eingesetzt wird.

Der Zusammenbruch der kommunistischen Genossenschaftsbewegung

Am 2. Oktober beschloß eine von der kommunistischen Geschäftsleitung des Allgemeinen Konsumvereins Halle einberufene Gläubigerversammlung, den Konkurs des Vereins anzumelden. Damit hat ein trauriges Kapitel kommunistischer Irrsinnspolitik einen unrühmlichen Abschluß gefunden, die kommunistische Genossenschaftspolitik zu Grabe getragen, das mit stolzen Hoffnungen übernommene „rote Proviantamt" liquidiert. Unabsehbarer Schaden ist für die Arbeiterschaft des Bezirks Halle dadurch eingetreten. Nicht nur ist ein in 40jähriger mühseliger opferreicher Arbeit durch die organisierte Arbeiterschaft aufgebautes Unternehmen restlos verschleudert, ist eine mit über 60 Verkaufsstellen, einer modernen Großbäckerei und Fleischerei ausgestattete Genossenschaft nach nur einjähriger kommunistischer Herrschaft vollständig zusammengebrochen, sondern, und das ist das traurigste Kapitel dabei, etwa 1½ Millionen Spargelder von Proleten, mühsam zusammengetragen und beim AKV angelegt, sind restlos verloren. Denn praktisch ist eine Masse überhaupt nicht mehr vorhanden und noch nicht einmal bevorrechtigte Forderungen dürften voll befriedigt werden, alle übrigen Gläubiger gehen leer aus. Millionenwerte sind innerhalb kurzer Zeit in Händen kommunistischer Hasardeure in Nichts verflogen. 200 Arbeiter und Angestellte haben ihre Existenz verloren. Wahrlich, besser konnten Kommunisten ihr Talent zur Leitung von Arbeiterunternehmen nicht erbringen als bei der Geschäftsleitung des AKV in Halle a. d. S.

Wie konnte es so weit kommen? Konnte dies Verbrechen nicht verhindert und dadurch großer Schaden von der Arbeiter- und Verbraucherschaft abgewendet werden? An Versuchen dazu, an Aufklärung und Warnungen von seiten unserer Partei hat es nicht gefehlt. Aber mit brutaler Rücksichtslosigkeit, nur in Verfolg der eigenen Parteiinteressen, mißachtend des Wohls und Wehs der Arbeiterschaft, wurde engstirnig in verbrecherischer Weise das stolze Arbeiterunternehmen aufs Spiel gesetzt und in den Zusammenbruch getrieben; einen solchen vollständigen Zusammenbruch, daß das Gericht trotz aller Mühe bisher keinen Konkursverwalter finden konnte, der sich bereit erklärt hätte, den Schutthaufen wegzuräumen, den zwölfmonatige kommunistische Mißwirtschaft aufgerichtet hatte. Und das sind jene Leute, die sich anmaßen, Führerollen in der Deutschen Arbeiterbewegung zu spielen und ein Sowjetdeutschland zu leiten.

Kaum jemals ist von den KPD-Größen so geschwindelt, sind die eigenen Anhänger so belogen worden wie bei der Episode AKV Halle. Als das Unternehmen bereits in allen Fugen krachte, der Gerichtsvollzieher täglicher Gast in Büro, Lager und Verkaufsstellen war, wurde nach echt kapitalistischem Muster eine Gesellschaft nach der anderenn gegründet. Der „Migros" (Mitteldeutschen Großeinkaufsgesellschaft als Zentrale der roten Genossenschaftsbewegung) folgte die Hallische Kohlenvertriebsgesellschaft und die Warenbezugsgesellschaft. Alle Vermögenswerte der Genossenschaft wurden an diese Schwindelunternehmen verschoben und verschwanden spurlos. KPD-Größen aus allen Teilen Deutschlands wurden herangeholt, um den festgefahrenen Karren wieder flott zu machen, deren Tätigkeit darin bestand, sich eine anständige Bezahlung zu sichern und im übrigen das Parteisüppchen zu kochen. Und als alles nichts nutzte, Arbeiter und Angestellte monatelang weder Lohn noch Gehalt bekamen, wurde ein neuer Schwindel fabriziert, die sog. „Rote Selbsthilfe". Unter dem nötigen Druck kam der Beschluß zustande, in Zukunft alle Arbeit in diesem kommunistischen Paradies ehrenamtlich gegen eine Bettelsuppe zu leisten. Stoßbrigaden wurden nach russischem Muster gebildet, um den Miniatur-„Fünfjahresplan" durchzuführen, aber es half nichts, weder echt kapitalistische noch bolschewistische Methoden konnten das einstmals so gesunde Arbeiterunternehmen vor dem Ruin retten, das Vertrauen zu den kommunistischen Phrasenhelden war endgültig dahin. Auch die schamlosesten Anbiederungsversuche der echten Revolutionäre bei einer Reihe Großkapitalisten hatten nicht den gewünschten Erfolg, und so kam es wie kommen mußte, wie unsere Partei vor einem Jahr gesagt hatte. Eine katastrophale Pleite ist der Grabstein der mit so viel Hoffnungen gegründeten Genossenschaftsbewegung, und das so oft zitierte „rote Proviantamt" hat es fertiggebracht. Hunderte von Arbeitern um Lohn und Brot, Tausende von Arbeitern und Rentnern um die mühselig zusammengetragenen Sparpfennige, um Geschäftsanteil und Haftsummen zu bringen, und einem mit vielen Opfern in jahrzehntelanger Arbeit geschaffenen Eigenunternehmen der Arbeiterschaft in einem einzigen Jahre durch kommunistische Mißwirtschaft restlos den Garaus zu machen. In einem einzigen Jahr verschleudert, eineinhalb Millionen Spargelder, fünf Millionen Grundstücks- und Warenwerte, dafür auf der anderen Seite eine Riesenschuldenlast. 140 000 Mark rückständige Steuern, 26 000 Mark Beiträge zur Krankenkasse, 50 000 Mark rückständige Lohn- und Gehaltsbeträge. Angestelltenversicherungsbeiträge wurden ebensowenig bezahlt wie die zur Pensionskasse Deutscher Konsumvereine, noch Gas- und Stromrechnungen. Nicht weniger als fünf Grundstücke stehen demnächst zur Zwangsversteigerung, und sämtliche Ladeneinrichtungen sind mehrmals gepfändet. Das ist das Ergebnis einjähriger kommunistischer Genossenschaftspolitik.

Aus diesem Beispiel muß die Arbeiterschaft lernen und überall dort, wo die KPD sich anmaßt, Führerrolle zu spielen, den Spaltern und Verderbern gehörig auf die Finger klopfen. Das Beispiel im AKV Halle zeigt, wie mit den Interessen der Arbeiterschaft in verbrecherischer Weise Schindluder getrieben und jahrzehntelanger Aufbau in der Arbeiterbewegung in kurzer Zeit zerstört ist. Das ist die eindeutige Lehre von der kurzen Herrlichkeit kommunistischer Mißwirtschaft in einem Arbeiterunternehmen.

Der Gipfel der Verlogenheit

Es dürfte außer Deutschland kein Land geben, wo der Meinungskampf mit einer solchen Verlogenheit geführt wird. Groß darin ist die der Industrie nahestehende Presse. Schlägt man ein solches Blatt auf, so findet man auf jeder Seite die Behauptung, daß der Marxismus an diesem und jenem schuld sei. Mit dem Marxismus meint man die Arbeiter und Angestellten. Diese Unehrlichkeit wird von dem Chefredakteur des Berliner Tageblatts Theodor Wolff in seinem Sonntagsartikel vom 11. Oktober treffend wie folgt gekennzeichnet:

„Das industrielle Feldgeschrei heißt immer noch: „Los vom Marxismus!", als hätte diese Regierung der Arbeiterschaft und den kleinen Leuten auf Kosten der anderen Stände täglich ein Huhn in den Topf gelegt und das Leben herrlich geschmückt. Man schimpft über die schlechte und verschwenderische Wirtschaft, die Staaten und Gemeinden getrieben haben, gibt alle Schuld den Soziallasten und Löhnen und tut, als hätte man selber nur immer die Weisheit mit Löffeln gegessen und im übrigen vorsichtige Sparsamkeit geübt. Der Fremde, der durch Deutschland reist, ist mit Recht erstaunt über kostspielige öffentliche Bauwerke, aber nicht minder verwundert über die prachtvollen, in modernen Stilen errichteten, nur viel zu weit angelegten und darum heute unbenutzten Industriebauten, Mausoleen ungezählter toter Markmillionen, die dort eingegraben worden sind. Sehr schön und imponierend die gewaltigen Anlagen in Westfalen, herrlich Siemensstadt und ähnliche Arbeitspaläste, komfortabel die Villen im Berliner Westen, die für die Büros der Konzerne angekauft wurden, aber Beispiele vorausschauender Oekonomie? Heute findet die Schwerindustrie keinen anderen Gedanken als Diktat und Verminderung der Löhne und Zerstörung der gewerkschaftlichen Garantien, und für all ihre früheren falschen Dispositionen, ihre optimistischen Expansionsrechnungen, wird der „marxistische" Arbeitnehmer haftbar gemacht."

Frauenarbeit in Amerika

In der amerikanischen Wirtschaft sind heute, so schreibt die Frauenrechtlerin Ethel Morgan, Neuyork, etwa 8½ Millionen Frauen tätig. Von diesen 8½ Millionen arbeitenden Frauen sind etwa 3,2 Millionen in der verarbeitenden Industrie, fast die gleiche Anzahl finden wir im Handel und Gewerbe. Im Handwerk und in der Landwirtschaft sehen wir die Frauenarbeit in den Ver. Staaten nur im geringen Maße. In der verarbeitenden Industrie ist Frauenarbeit in fast allen Zweigen zu finden, darunter in hochentwickelten, weitgehend rationalisierten, gut zahlenden Industrien. Es scheint, daß mit der immer mehr fortschreitenden Rationalisierung der amerikanischen Wirtschaft die Anstellung der Frau ein immer größeres Ausmaß annimmt. Moderne hochwertige Präzisionsmaschinen erfordern trotz ihrer Kompliziertheit meist einen verhältnismäßig geringen Kraftaufwand. Sie verlangen auch meist keine so tiefe Kenntnis mechanischer Vorgänge. Für Störungen ist ja in jedem Betrieb sowieso der Techniker zur Stelle. Wohl aber benötigen diese Maschinen eine gründliche Wartung und eine peinlich genaue Aufsicht, Aufgaben, denen die Frau durchaus gewachsen ist, denen sie sogar in vorbildlicher Weise gerecht wird. Neuerdings ist die Frau auch in leitender Position und als Organisatorin verschiedentlich erfolgreich hervorgetreten. Es ist bezeichnend, daß in gewissen Zweigen der Textilbranche Frauen die Verkaufsabteilung leiten. Ein führendes Haus für Frauenkleidung in Amerika übertrug z. B. die Leitung seiner Verkaufsabteilung einer Frau mit dem Erfolge, daß innerhalb eines Jahres die Umsätze eine Rekordhöhe erreichten. Diese Frau dirigiert einen Stab von 3500 Reisenden, die alle nach ihrer, mit echt weiblichem Raffinement ausgearbeiteten Methode arbeiten. Die technische Durchbildung der Frau scheint sich in Amerika viel rascher zu vollziehen als in Europa. Während in der alten Welt die Frauen technischen Fragen nur wenig Interesse entgegenbringen, freut sich in den USA. die moderne werktätige Frau über jede Erweiterung ihres Blickfeldes in technischer Beziehung. Das immer weitere Eindringen der Frau in das Wirtschaftsleben ist eine typische Erscheinung der amerikanischen Wirtschaftsentwicklung geworden. In unblutiger Revolution vollzog sich diese Invasion, das Selbstgefühl der Frau stärkend und vertiefend. Es handelt sich bei all diesen Vorgängen um Entwicklungstendenzen unaufhaltbarer Natur. Vor 30 Jahren waren in der amerikanischen Industrie etwa 4 Millionen Frauen tätig, heute arbeiten etwa 8,5 Millionen in ihr und in weiteren 30 Jahren wird man mit einer Verdoppelung dieser Anzahl mit ziemlicher Sicherheit rechnen dürfen. Die selbstbewußte Einstellung der modernen amerikanischen Frau dem praktischen Leben gegenüber erklärt zum Teil das gesteigerte Selbstbewußtsein der jungen Generation. Die erwerbstätige Frau bewegt sich heute mit einer früher an ihr unbekannten Ungezwungenheit. Die verschiedenen Schranken, die sich ihr einst im Wirtschaftsleben in den Weg stellten, fallen mehr und mehr. Für das Land selbst ergeben sich hieraus eine Reihe von sozialen Problemen.

Maschinen und Arbeitslosigkeit

Die Frage, ob Maschinen an der Arbeitslosigkeit schuld sind, wird sehr oft erörtert. Die Masseneinführung der Maschinen im Bereiche der Produktion hat zweifellos manchen Arbeiter brotlos gemacht. Es ist aber auf der anderen Seite nicht richtig, lediglich in der technischen Rationalisierung die Grundursache der Arbeitslosigkeit zu sehen. In Nr. 855 der Zeitschrift „Ruhr und Rhein" wird darauf hingewiesen, daß die Maschine bereits früher Gelegenheit genug hatte, die Arbeiter aus den Betrieben zu drängen: „Das gilt zunächst für die Zeit von 1875 bis 1907, die in Deutschland eine Steigerung der in Gewerbe, Handel und Verkehr für den Antrieb von Arbeitsmaschinen zur Verfügung stehenden Kraftmaschinenleistung von 1,06 Millionen PS auf 10,3 Millionen PS, also auf das 9,8fache brachte. Aber die Kraftmaschinen dachten nicht entfernt daran, den Arbeitnehmern die Beschäftigungsmöglichkeiten zu nehmen. Vielmehr stieg die Zahl der nicht arbeitslosen Erwerbstätigen in Gewerbe, Handel und Verkehr im gleichen Zeitraum von 6,6 auf 14,4 Millionen, also auf das Doppelte. Und weiterhin stieg die Kraftmaschinenleistung in der Zeit von 1907 (jetziges Reichsgebiet) bis 1925 von 9,3 auf 19,5 Millionen PS, also um 109,7 Prozent — und in Industrie und Handwerk allein sogar um 184 Prozent. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich die Zahl der nicht arbeitslosen Erwerbstätigen von 25 auf 32 Millionen. Und faßt man die Entwicklung des halben Jahrhunderts von 1875 bis 1925 in zwei Zahlen, so findet man eine Steigerung der Kraftmaschinenleistung in Gewerbe, Handel und Verkehr auf das 18,5fache bei einer Verdreifachung der Erwerbstätigenzahl."

Diese Beweisführung hat einiges für sich. Es fragt sich allerdings, ob die Blütezeit der kapitalistischen Entwicklung in Deutschland mit der gegenwärtigen Zeitperiode verglichen werden kann. Wir sind heute ein sehr volkreiches Land und verfügen über weit mehr Arbeitskräfte, als jemals zuvor. Deshalb kommt es in erster Linie darauf an, lebendige Arbeitsmaschinen zu beschäftigen. Dennoch sollten wir uns nicht, wie es manchmal geschieht, als neuzeitliche Maschinenstürmer gebärden.

Jedes rührige Verbandsmitglied

sichert sich durch Bestellung bei seiner Zahlstellenleitung oder direkt beim Verbandsvorstand einen

Verbands-Taschenkalender 1932

Preis 50 Pfg.

Auch der genialste Mann wurde von einer Mutter geboren, der er oft das Beste, was er besitzt, verdankt. Mit welchem Rechte will man also der Frau die Gleichberechtigung mit dem Manne versagen?

Unterhaltungsbrocken

Nichts lockert mehr der Neigung zarte Bande als Sorgen um des Lebens Unterhalt

Man sollte alle Tage wenigstens ein kleines Lied hören, ein gutes Gedicht lesen, ein treffliches Gemälde sehen und, wenn es möglich zu machen wäre, einige vernünftige Worte sprechen.

Ist eine unbeschränkte Familienentwicklung möglich?

Zur Zeit des dreißigjährigen Krieges betrug in Deutschland das durchschnittliche Lebensalter etwa 20 Jahre. Jetzt beträgt es 57,4 Jahre. Und das trotz des Millionensterbens an den Fronten und hinter den Fronten des fast fünfjährigen Weltkrieges, der für Deutschland ganz besonders deshalb so überaus stark menschenvernichtend war, weil er als Aushungerungskrieg geführt wurde. Eine solche bedeutende Verlängerung der Durchschnittslebensdauer macht es unmöglich, daß Menschen in unbeschränkter Zahl geboren werden können. Will man die Menschen in das Erdendasein eintreten lassen wie früher, dann muß man sie auch wie früher in Massen sterben lassen. Mit Recht treten immer mehr Aerzte dafür ein, die hemmenden Gesetzesfesseln zu beseitigen, die der Rationalisierung der Geburten im Wege stehen. Ohne Frage kann Deutschland solche innerlich unwahrhaftigen Gesetzesbestimmungen ebenso unbedenklich den Notwendigkeiten der Zeit anpassen, wie es viele Staaten schon getan haben. Es sind gerade die Frauen der Unbemittelten, die gesundheitlich durch den § 218 des Strafgesetzbuches sehr schwer gefährdet werden. Todesfälle, Siechtum, Erpressung, Tötung Neugeborener haben oft den lebensfremden § 218 zur Ursache. Nicht zwar dem Wortlaut, wohl aber den Tatsachen des Lebens nach handelt es sich hier um ein Klassengesetz allerschlimmster Art. Die oberen und gut verdienenden Schichten des Volkes haben zu allen Zeiten Mittel und Wege gefunden, unerwünschte Geburten mit ärztlicher Hilfe zu verhindern. Sie finden sie auch heute. Es ist kaum eine häßlichere Aufgabe denkbar als die, die einem Richter gestellt wird, wenn er über Verfehlungen gegen den § 218 harte Strafen verhängen muß. Ist die Zahl der Kinder in den Familien der Richter etwa größer als sie in anderen Familien ist, die gesellschaftlich und wirtschaftlich als gleichwertig gelten? Es macht auch einen eigenartigen Eindruck, wenn die Kirche über sogenante sittliche Verfehlungen schimpft. In den Pfarrerfamilien wachsen auch längst nicht mehr die Kinder ungehemmt in das Erdenleben hinein. Was soll das in Deutschland in vielen Dingen so beliebte Den-Kopf-in-den-Sand-stecken, was soll das Schwerstellen und Heucheln, was soll vollends der Zwang bedeuten, ein Recht zu vertreten, das nur zu viele als Klassen- oder unmittelbares Unrecht empfinden! Aus so etwas kann ein Volk weder ideell, noch materiell Nutzen ziehen, wohl aber großen Schaden und viel Leid.

Letztens hat sich der Papst dafür eingesetzt, die Geburtenrationalisierung noch schärfer mit gesetzlichen Mitteln zu bekämpfen, als es in Deutschland schon geschieht. Ein Arzt antwortete kürzlich darauf, daß die Kirche sich dann auch dafür einsetzen müsse, daß die Erhaltung und Verlängerung des menschlichen Lebens durch die medizinische Kunst und die hygienische Wohlfahrtspflege verhindert würde. Das zu sagen, sei zwar ein glatter Unsinn. Er sei aber nicht größer als der Unsinn, der die Frauen allgemein zu Gebärmaschinen machen wolle. Wenn man doch den Mut hätte wahrhaftig, gerecht und ehrlich zu sein.

Wenn ein Staat Gesetze beschließt, dann beschließt er für sich selbst nicht nur Rechte der Gewalt, sondern gleichzeitig auch Pflichten. Wer unser deutsches Wohnungswesen kennt, bekommt geradezu ein Grauen vor so viel Mangel an Tatsachensinn und Menschlichkeit, wie es Forderungen voraussetzen, wie sie das Oberhaupt der katholischen Kirche, und nicht nur dieses allein, stellt. Die Reichswohnungszählung von 1927 ergab, daß die Hälfte der Familien mit vier und mehr Kindern dem Arbeiterstande angehörten. Rund 25 Prozent dieser als kinderreich geltenden Familien zählten zum Beamten- und Angestelltenstande, 14 Prozent zu den selbständigen und 2 Prozent zu den freien Berufen. In 45 deutschen Großstädten gab es rund 28 000 kinderreiche Familien mit 1 350 000 Kindern. Mehr als 1500 dieser Familien hatten Wohnungen, die aus einem einzigen Raum bestanden. Von den kinderreichen Familien, die nur einen einzigen Raum bewohnten, mußten 50 noch familienfremde Untermieter aufnehmen. Von den Kranken der kinderreichen Familien haben sehr viele kein eigenes Bett, wie die Krankenkassen immer wieder feststellen müssen. Je größer die Familie ist, um so mehr Menschen schlafen in einem Bett. Viele dieser Menschen sind mit ansteckenden Krankheiten behaftet. In Nacht und Grauen blickt man, wenn man in die Wohnungen der kinderreichen Familien sieht. Schon allein das Wohnungselend richtet fortgesetzt ungeheuer viel Menschen körperlich und geistig-seelisch wieder zugrunde, die nach Ansicht der in der Regel selbst vor Not und Entbehrung weitgehend Geschützten in unbeschränkter Zahl ins Dasein gerufen werden sollen. Ein Staat, der es für erlaubt hält, bei größter beruflicher Ueberbevölkerung und fürchterlichstem Mangel aller Art, unbeschränkten Nachwuchs zu fordern, muß zuvor für diesen Nachwuchs menschenwürdige Lebensbedingungen schaffen. Wenn für junge Pflanzen kein Raum in einem Garten ist und außerdem keine Nährstoffe, wird kein vernünftiger Gärtner sie pflanzen.

Eine unbeschränkte Bevölkerungszunahme ist bei fortgeschrittener Wissenschaft, Technik und Kultur vollständig unmöglich. Wer so etwas fordert, kann in unserer Zeit nicht mehr ernst genommen werden, ganz besonders dann nicht, wenn der Lebensraum eines Volkes außerordentlich eng begrenzt ist, wie der des heutigen deutschen Volkes. Es ist pure Heuchelei und Verstellung, wenn sogenannte Gebildete oder wenn selbst vor den Härten des Daseinskampfes Geschützte von den Arbeitern oder sonst wirtschaftlich Bedrückten und Zurückgesetzten die unbegrenzte Vergrößerung der Familie fordern und dabei womöglich noch einen Ton sittlicher Entrüstung anschlagen. Wenn man so außerordentlich streng national gesinnt ist, wie man immer betont, und so sittenfest dasteht, warum geht man da nicht den Massen mit dem Beispiel der großen Familie voran? Das Vorangehen wäre ja noch um sehr vieles leichter als das Nachfolgen, wenn eben im ersten Fall größeres wirtschaftliches Einkommen vorhanden wäre, was doch die Regel ist. Das Gerede über die Erhaltung des Volksbestandes ist mindestens zwecklos. Das Beispiel zieht mehr als solches Wortgeklingel. Und das Beispiel der geistig und wirtschaftlich Führenden ist das Beispiel der kleinen, oft sehr kleinen Familie.

Die Vielkinderehe wird kaum wieder die Regel werden, auch nicht in Arbeiterkreisen; selbst dann nicht, wenn die Gesamtlage der Wirtschaft und Kultur sich einmal wieder hebt, was doch geschehen muß, wenn nicht alles festfahren soll. Einen wirtschaftlichen und kulturellen Stillstand kann es auf die Dauer auch für ein im Massenkriege überwundenes Volk nicht geben. Wird die Durchschnittsfamilie kleiner, dann steigt die Durchschnittskultur. Die Anforderungen an das Leben werden größer; die unbefriedigten Kulturbedürfnisse der Arbeiter sind sehr groß. Sp.

Kopfschmerzen

Von Dr. Kurt Kayser.

„Kopfschmerzen, na ja, die hat man eben ab und zu. Da nimmt man irgendein Kopfwehpulver und ausgestanden ist's bis — zum nächsten Mal!" Dieses Spiel mit seinen Augenblickserfolgen wiederholt sich immer wieder, seine Kopfschmerzen wird man zwar auf die Dauer nicht los, aber den Magen hat man sich verdorben, Herzbeschwerden treten nicht selten auf, bis man schließlich doch versucht, so weit als möglich selbst oder mit Hilfe des Arztes den Ursachen der Kopfschmerzen nachzugehen.

Diese sind oft sehr mannigfaltiger Art. So tritt z. B. mancher Kopfschmerz stets in späten Nachmittagsstunden, am Abend oder auch nach längerem Lesen auf. Die Untersuchung durch den Arzt ergibt dann meist das Vorhandensein einer Sehstörung und entsprechende Behandlung, unter Umständen die Verordnung einer zweckentsprechenden Brille, bringt leicht die Kopfschmerzen für immer zum Verschwinden.

Häufig ruft starkes Rauchen oder das Rauchen schwerer Zigarren, chronischer Alkoholmißbrauch oder sonstige, schlechte Angewohnheiten den Kopfschmerz hervor, der dann durch Einschränkung des Tabak- oder Alkoholgenusses resp. gänzliche Enthaltsamkeit leicht zu beseitigen ist.

Kopfschmerzen können auch durch Einwirkung von gewerblichen Giften, z. B. bei Berufen, die mit Blei, mit Chemikalien u. dgl. zu tun haben, hervorgerufen werden, und die strikte Innehaltung der notwendigen hygienischen Vorschriften und gewerbepolizeilichen Maßnahmen wird dann zu ihrer Beseitigung führen. Die Kopfschmerzen schwächlicher Schulkinder sind häufig auf Uebermüdung zurückzuführen und lassen sich durch Sorge für geeigneten Wechsel von Arbeit und Ruhe sowie durch ausreichende Bewegung in frischer Luft leicht verhüten.

Aehnlich liegen die Verhältnisse bei Büroangestellten, Kopfarbeitern und Stubenhockern. Bei letzteren spielt oft auch noch eine gleichzeitig bestehende Darmträgheit eine wesentliche Rolle. Da wird dann Regelung der Diät und Bewegung in frischer Luft, ein wenig Körpergymnastik, vielleicht ein wenig vernünftig betriebener Sport, weit sicherer helfen als alle Kopfwehpulver.

Kopfschmerzen können aber auch eine Teilerscheinung anderer, z. T. sogar ernster Erkrankungen sein. So sind Kopfschmerzen vielfach das erste Zeichen akuter Infektionskrankheiten (Typhus, Grippe, Scharlach, Hirnhautentzündung usw.)

Es gibt ferner Kopfschmerzen, die von Erkrankungen anderer Organe, so von den sogen. Nebenhöhlen der Nase, von den Mandeln oder den Zähnen ausgehen und auch von dorther wirksam durch den Arzt bekämpft werden können.

Teilerscheinungen ernster, chronischer Krankheiten sind die Kopfschmerzen bei Nierenkrankheiten, bei Gefäßverkalkung, bei Syphilis und gewissen Erkrankungen des Gehirns. Darüber kann natürlich nur eine genaue ärztliche Untersuchung den erwünschten Aufschluß bringen.

Schließlich sei, als besondere Form des Kopfschmerzes, noch die Migräne erwähnt, jener oft periodisch auftretende Halbseiten-Kopfschmerz, der nicht selten erblich ist und bestimmten Störungen des Nervensystems oder der Drüsen mit innerer Absonderung seine Entstehung verdankt.

Wer also häufig und ohne nachweisbare Veranlassung unter Kopfschmerzen leidet, der greife nicht wahllos zu einem Kopfschmerzenmittel, sondern bedenke, wie mannigfaltig die Ursachen der Kopfschmerzen sein können, und suche unter Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe vor allem den Ursachen seiner Kopfschmerzen nachzugehen.

Nur so kann wirkliche und dauernde Hilfe mit geeigneten Mitteln oder Methoden gebracht und unter Umständen eine ernste Krankheit durch rechtzeitige ärztliche Feststellung der Heilung zugeführt werden.

Der Sparverein

Wer hätte nicht schon im Fenster irgendeiner Gastwirtschaft gelesen, daß hier der Sparverein „Rotes Gold" (oder wie er sonst heißen mag) tagt. Und wer hätte nicht schon im stillen gelächelt über diese merkwürdigen Zeitgenossen, die Vereinsmeier, die anscheinend nur sparen können oder sparen wollen, wenn sie das in einem Verein tun dürfen. Als wenn es keine Banken und öffentlichen Sparkassen gäbe, gar nicht zu reden von den Konsumgenossenschaften, die meist auch die Spargelder ihrer Mitglieder annehmen und verzinsen, oder gar von der Arbeiterbank, in der sich die Arbeiterschaft ein eigenes Geldinstitut geschaffen hat.

Wie kann man aber von einem deutschen Manne auch nur im entferntesten annehmen, daß er aus reiner Vereinsmeierei in seinen Sparverein laufe: Der deutsche Mann hat dabei höhere und edlere Ziele: im Sparverein gibt es nämlich 2 Prozent Zinsen mehr als bei den Banken und Sparkassen! Wenn ihr's nicht glauben solltet, braucht ihr nur den Vereinswirt des Sparvereins zu fragen, ob das stimmt; er muß es ja wissen, denn er ist ja gewissermaßen der „Rendant" des Sparvereins, der die Gelder annimmt und auszahlt.

Der Gastwirt bringt das Gold nun aber nicht etwa zur Bank oder zur Sparkasse, sondern er gibt es dem Bierkutscher, der ihn mit Bier beliefert. Der Bierkutscher wieder liefert das Geld in der Brauerei ab, die die Zinsen dafür zahlt. Die Brauerei gibt dabei natürlich kein Geld zu, wie man vielleicht annehmen könnte; so dumm ist sie bestimmt nicht. Wenn sie nämlich bei einer Sparkasse oder bei der Bank Geld leiht, muß sie ja auch etwa 2 Prozent Zinsen mehr zahlen, als du bekommst, wenn du Geld bei Sparkasse oder Bank zu liegen hast.

Weshalb die Brauereien das Wesen oder Unwesen solcher Sparvereine so nachdrücklich fördern, scheint zunächst unklar. Es wird erst verständlich, wenn man den internen Vereinsbetrieb der Sparvereine kennen lernt. Die meist wöchentlich stattfindenden Vereinssitzungen haben nämlich nicht etwa den Zweck, die notwendigen geschäftlichen Dinge des Vereins zu besprechen oder sich mit irgendwelchen ernsten Problemen zu beschäftigen, sondern an die meist nur wenige Minuten dauernde Sitzung schließt sich der gesellige Teil, bei dem gewöhnlich recht ausgiebig den Getränken zugesprochen wird. Der Wirt ist durchaus nicht kleinlich, wenn einmal ein Vereinsmitglied nicht recht bei Kasse ist; er ist ja über das Sparguthaben seiner Gäste recht gut unterrichtet und weiß, wie weit er borgen kann, ohne daß er um sein Geld fürchten muß. — Der Höhepunkt des Vereinslebens ist aber das in jedem Winter regelmäßig stattfindende Vereinsvergnügen, bei dem es hoch hergeht, und das den Gastwirt für längere Zeit aller finanziellen Sorgen enthebt.

Die Mitglieder des Sparvereins können sich den regelmäßigen Veranstaltungen kaum entziehen; denn für jede Sitzung, die ohne triftige Entschuldigung versäumt wird, ist ein recht ansehnliches Strafgeld zu zahlen, das in die Vereinskasse fließt und für die geselligen Zwecke des Vereins verwandt wird; mit andern Worten also, von dem der Gastwirt und die Brauerei zumindest einen ansehnlichen Prozentsatz erhält. Wenn es dann einmal an die Abrechnung über das Sparguthaben geht, dann zieht der Gastwirt davon zunächst alle die „Schulden" ab, die im Laufe der Zeit bei ihm gemacht worden sind. Gewöhnlich bleibt dann für den „glücklichen Sparer" nur ein ganz kleiner Restbetrag, mit dem nicht mehr viel anzufangen ist. Den Vorteil vom „Sparen" hatten nur der Gastwirt und die Brauerei; und die Situation wird wohl am besten dadurch gekennzeichnet, daß die Gastwirte, bei denen Sparvereine tagen, fast unbeschränkten Warenkredit bei den Brauereien haben!

Eine Moral ist bei dieser ganzen Geschichte nicht zu finden, höchstens die Unmoral, mit der eine bestimmte Kapitalistengruppe bemüht ist, den Menschen das Geld aus der Tasche zu ziehen, und sei es unter dem Mantel des „Sparens". Ob es nicht Mittel und Wege gibt, derartigen Ausbeutermethoden das Handwerk zu legen? Die Mitglieder der Sparvereine wissen in der Regel ja nicht, welch unsauberes Spiel mit ihnen getrieben wird; und wenn sie es wissen, haben sie meist nicht den Mut, ihren „Freunden" den Rücken zu kehren. Und leider setzt sich die Mitgliedschaft dieser Sparvereine oft aus Arbeitern zusammen, die vielleicht nicht einmal den Beitrag für ihre Organisationen aufbringen können, die sich aber im „Sparverein" nach allen Regeln der Kunst schröpfen lassen.

Aber sage deinen Kollegen, die im Sparverein ihre vom Munde abgeknauserten Groschen anscheinend recht gut anlegen, daß auch in den Konsumgenossenschaften und in der Arbeiterbank das Geld Zinsen trägt und darüber hinaus zum Wohle der Arbeiterbewegung verwandt wird, was du dann zu hören bekommst!

Hans Otto Löggow.

Wissenswertes

Obstwürmer und Lautsprecher.

Die in südlichen Gegenden heimische Grape-Frucht wird oft von Obstwürmern befallen, ohne daß äußerlich eine Verletzung festzustellen wäre. Der modernen Technik ist es jedoch gelungen, die Obstwürmer mit einfachen Mitteln ohne Verletzung der Frucht festzustellen, nämlich durch den Lautsprecher. Die Obstwürmer verursachen beim Fressen und Sich-Bewegen ein Geräusch, das wohl für das menschliche Ohr an sich nicht wahrnehmbar ist, das aber durch Verstärker-Röhren und den Lautsprecher deutlich gemacht werden kann. Früchte, bei denen man Geräusche feststellte, waren stets von Obstwürmern befallen, während man in „ruhigen" Früchten keine unerwünschten Gäste fand.

Europas Sprachen.

In Europa werden, ausschließlich der Dialekte, rund 120 verschiedene Sprachen gesprochen, aber nur 37 sind bei mehr als einer Million Menschen verbreitet. Dazu gehört in erster Linie das Deutsche, das von 81 Millionen Menschen gesprochen wird, das Russische von über 70 Millionen, das Englische von 47 Millionen, das Italienische von 41 Millionen, das Französische von ungefähr 40 Millionen. Dazu kommen natürlich zahlreiche Millionen Menschen, die diese Sprachen sprechen, aber außerhalb Europas leben. So wird das Englische insgesamt von rund 163 Millionen Menschen gesprochen und sogar von etwa 190 Millionen Menschen verstanden, das Deutsche von 91 Millionen Menschen gesprochen und von 100 Millionen verstanden. Russisch sprechen wohl nur rund 70 Millionen Menschen, aber etwa 140 Millionen Menschen verstehen diese Sprache.

Der deutsche Wald.

Von der Gesamtbodenfläche Deutschlands dienen 27,18 Prozent, das sind ungefähr 12 830 000 Hektar, der Forstwirtschaft. 5,8 Millionen Hektar Wald befinden sich in Privatbesitz, 3,8 Millionen Hektar in Staatsbesitz und 1,9 Millionen Hektar sind Gemeindeforsten. Der größte zusammenhängende Wald Deutschlands ist mit fast 100 000 Hektar die Johannisburger Heide in Ostpreußen. Das prozentual waldreichste Land Deutschlands ist Baden. Dort haben die Gemeindeforsten einen sehr starken Anteil am Waldbestand, nämlich 48,6 Prozent. Den höchsten Prozentsatz an Staatsforsten hat Braunschweig mit 74,1 Prozent. Die Privatforsten herrschen in Bayern vor mit 52,9 Prozent.

Raucher-vereine.

Als während des Sozialistengesetzes die sozialistischen Organisationen vielfach verboten waren, schlossen sich deren Mitglieder zu anderen Organisationen, oft in Form von Raucherbünden, zusammen und konnten so unter dem Deckmantel politischer Neutralität wenigstens den Zusammenhalt unter den Mitgliedern aufrechterhalten. Ein Teil dieser damals gegründeten Raucher-vereine hat sich — gewissermaßen aus alter Treue — bis auf die heutige Zeit erhalten, und es besteht sogar ein Arbeiter-Raucher-Bund, in dem diese Vereine zusammengeschlossen sind. Die Vereine führen oft recht humorvolle Namen: von den Berliner Vereinsnamen seien nur folgende genannt: Botanischer Garten — Feigenblatt — Seegras — Stinkadoris — Ackerpfeife — Blaue Wolke — Graue Asche — Tabak zur Asche — Letzte Rettung — Eiserne Pfeife — Pfeifendeckel — Neesenwärmer — Pustekohl — Dampfwalze — Lange Pfeife — Friedenspfeife — Schmokbrüder usw. Trotz ihrer Tradition in der Arbeiterbewegung haben die Raucher-vereine heute natürlich keine politische Bedeutung mehr; sie wollen lediglich die Geselligkeit unter ihren Mitgliedern pflegen und die Erinnerung an die Zeit vor jetzt rund fünfzig Jahren wachhalten. hlw.

Rechts- und Linkshändigkeit

Wir arbeiten meist mit der rechten Hand, wenn wir überhaupt nur eine Hand zu benutzen haben. Diese Unterscheidung zwischen rechts und links bezieht sich aber nicht nur auf die Arbeit. Sie scheint zum Wesen des Menschen zu gehören aus der Arbeit heraus. Selbst in kleinen Aeußerlichkeiten kommt diese Gegensätzlichkeit zum Ausdruck. So weist eine Arbeit von Dr. F. S. Rothschild in der Zeitschrift für Neurologie darauf hin, daß beim Verschränken der Arme immer ein Arm oben zu liegen kommt, und zwar ist es nach den Beobachtungen bei Männern der rechte Arm, der außen liegt, während bei Frauen der linke hierfür meist in Betracht kommt.

So irren wir aus dieser strengen Wesensscheidung im Walde z. B., wenn wir die Richtung und den Weg verfehlt haben, in der Regel nach links. So ist es auch, wie die „Umschau" schreibt, beim Pferde. Auch auf der Landstraße hat das Pferd die Neigung, nach links zu schreiten. Links von der Deichsel wird das Pferd auch eingespannt, und der pflügende Bauer, der abgesessene Fuhrmann, sie schreiten links, und zwar aus der Rechtshändigkeit des Menschen heraus.

Daß diese Unterscheidung zwischen links und rechts auch in der übrigen Natur zu finden ist, können wir an den Tieren beobachten. So scharrt der Hund meist mit der rechten Pfote, während die Katze meist mit der linken ihre Schläge austeilt.

Wie sehr solch Verhalten bei der Arbeit und sonst im Leben auf das Wesen des Menschen einwirkt, können wir daran erkennen, daß der Mensch meist rechts ausweicht, daß er lieber eine rechte Ecke umgeht als eine linke. Damit beeinflußt die Praxis des Lebens auch das seelische Leben des Menschen, und auch die Arbeit des Menschen ist des Menschen Wesensbildnerin.

Die Arbeitsteilung im Bienenstaat

Nur durch Arbeitsteilung wurde die Entwicklung möglich. Das gilt nicht nur für das menschliche Leben, sondern auch für das Leben der Natur. Neue Untersuchungen an Bienen zeigen, in wie eigenartiger Weise sich dieses Gesetz der Arbeitsteilung sogar bei einer bestimmten Gruppe von Tieren auswirkt.

Die Arbeiterinnen im Bienenstaat haben nicht nur durch die Art ihrer Leibesentwicklung bestimmte Funktionen auszuüben. Sie haben sogar ihr Leben hindurch verschiedene Arbeiten zu verrichten, von denen nach diesem Gesetze der Arbeitsteilung die eine auf die andere folgt.

Nach einer Arbeit von Dr. Rösch in der Zeitschrift für vergleichende Physiologie übernehmen die Arbeiterinnen im Bienenstaat nach ihrem Ausschlüpfen zunächst die Arbeit des Zellenputzens. Das machen sie aber nur drei Tage. Vom 4. Tage an füttern sie die Larven. Vom 10. bis 19. Tage ist die junge Biene Baubiene. Zuletzt wird sie Sammelbiene, was sie bis zu ihrem Lebensende bleibt.

Damit ist es bei den Bienen nicht wie bei den Menschen, daß verschiedene Gruppen einen bestimmten Beruf lernen und ausüben. Die Biene macht alle Arbeiten mit. Zuerst ist sie Putzer und Reiniger, dann Kinderwärterin, dann Zimmermann und Bauarbeiter und zuletzt Fuhrmann und Transportarbeiter.

Das ist die Regel, nach der sich das Leben bei den Bienen vollzieht. Nur in Not ist es anders. Man hat die Bienen in Aufruhr gebracht, daß Chaos eintrat. Revolution im Bienenstaat! Und da hat man durch bestimmte Kennzeichnung, wie Dr. Rösch schreibt, festgestellt, daß dann auch die jungen Bienen die Arbeit der alten vollführen, während die alten in der Not sich auch an die Arbeit der jungen Bienen machen.

Im normalen Leben aber hat jedes Lebensalter seine besondere Berufsarbeit, und man kann nur in Ehrfurcht vor diesem Harmoniegesetze des Arbeitslebens stehen, wie es in diesem Staate zum Ausdruck kommt. Jeder steht an seinem Platze — und alle haben zu tun.